



Protokoll Nr. 41

Sitzung von Donnerstag, 23. September 1999, 15.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold	Urs Jaberg	Ursula Rudin-Vonwil
Raymond Anliker	Alfred Jordi	Erich Ryter
Thomas Balmer	Michael Jordi	Annemarie Sancar
Oskar Balsiger	Heinz Junker	Doris Schneider
Sven Baumann	Esther Kälin Plézer	Beat Schori
Arnold Bertschy	Regula Keller	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler	Blaise Kropf	Peter Sigerist
Peter Blaser	Andreas Krummen	Sylvia Spring Hunziker
Markus Blatter	Leslie Lehmann	Christoph Stalder
Konrad Bossart	Peter Linder	Ernst Stauffer
Annette Brunner	Edith Lörtscher	Ueli Stückelberger
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Michael Burri	Anton Maillard	Margrit Stucki-Mäder
Walter Christen	Irène Marti Anliker	Peter Stucki
Marie-Louise Durrer	Mario Marti	Hans-Ulrich Suter
Marcel Eyer	Elsi Meyer	Katharina Suter
Marcel Fankhauser	Barbara Mühlheim	Luzius Theiler
Jean-Daniel Flückiger	Christoph Müller	Eva von Ballmoos
Thomas Fuchs	Edith Olibet	Catherine Weber
Hans Ulrich Gränicher	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Adrian Haas	Bernhard Pulver	Hansjörg Wittwen
Ueli Haudenschild	Ruth Rauch	René Zimmermann
Ruedi Hofer	Hans Peter Riesen	Andreas Zysset
Stephan Hügli	Heinz Rub	

Entschuldigt:

Verena Furrer-Lehmann	Kurt Mäusli	Michael Straub
Annemarie Lehmann	Kurt Rügsegger	Margrit Thomet
Edith Madl Kubik	Franco Sommaruga	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Voranschlag für das Jahr 2000 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets (FIKO-GPK/Frösch) <i>Fortsetzungen der Beratungen vom 16. September 1999</i>	149
2.	Beitritt der Gemeinde Bern zum Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) (Rub/Wasserfallen)	108
3.	Dringliche Interpellation Fraktion SP (Edith Olibet): Städtische Freibäder: Privatisierung ohne Grundsatzdiskussion? (Frösch)	178
4.	Alters- und Pflegeheim Schöneegg: Umbau und Sanierung des Westtrakts; Baukredit (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) (Stucki/Guggisberg)	125
5.	Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB): Angst vor Repression beim Personal der Städtischen Verkehrsbetriebe Bern (SVB) (Neukomm)	183
6.	Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB): Antwort des Stadtpräsidenten zur Cablecom-Interpellation vom 3. Juni 1999 (Baumgartner)	119
7.	Kleine Anfrage Hans-Ulrich Suter (FDP): Farbgebung neue SVB-Busse (Neukomm)	160
8.	Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB): Fragwürdige Bussenaktion gegen Zweiradfahrer (Wasserfallen)	120
9.	Interfraktionelle Kleine Anfrage GFL/EVP, GB/JAI, SP (von Ballmoos, Keller, Stucki): Umsetzung des Volksbeschlusses vom 13. Juni 1999 zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (Wasserfallen)	159
10.	Postulat Simone Gretler (SP): Kinder in der Stadt Bern: Sicherstellung des Ferienbetreuungsangebots für Schulkinder; Prüfungsbericht (Begert)	--

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Bernhard Pulver, Stadtrat seit dem 19. Februar 1998, tritt per Ende September 1999 aus dem Stadtrat zurück. Er war seit 19.2.1998 in der Spezialkommission GO und ab dem 3.9.1998 in der Reformkommission tätig. Der Vorsitzende dankt dem Zurücktretenden für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm viel Erfolg im Grossen Rat.

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Sitzung vom 16. September 1999.

1 Voranschlag für das Jahr 2000 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budget

2. Steueranlage

Ruth Rauch (SP): Ich habe bereits bei der Eintretens-Debatte etwas zur Frage des Steuerfusses 2,3 / 2,4 gesagt. Ich will möglichst naturgetreu die in der FIKO geführte Debatte wiedergeben. Steuerfuss 2,3 / 2,4 war ein Knackpunkt in der obgenannten Debatte. Entsprechend heftig waren die Diskussionen. Der Tenor lautete, Steuererhöhung hat niemand gerne, weder Politikerinnen/Politiker noch die Privatpersonen. Bis dorthin waren wir uns einig, danach haben sich die Wege getrennt. Die Linken in der FIKO finden den Steuerfuss 2,4 eine absolute Notwendigkeit, weil wir nur damit den Handlungsspielraum zurückgewinnen können, wenn wir eine Gesundung der Finanzen erreichen wollen. Die Variantenabstimmung ist aus ihrer Sicht eine Kompromisslösung. Der Gemeinderat empfiehlt einen Steuerfuss von 2,4, die Linke unterstützt diesen Antrag. Der Traum der Rechten Seite in der FIKO ist noch immer, ein ausgeglichenes Budget mit Steuerfuss 2,3. Sparen heisst hier die Devise.

Bereits bei der Eintretens-Debatte haben wir die Unzufriedenheit gehört, dass mit dem Verkauf der Gymnasien das Budget beschönigt wurde und nur dank diesem Verkauf das Budget mit dem Steuerfuss von 2,4 ausgeglichen ist. Der mehrmals geäusserte Vorwurf lautete, dass bei einer Erhöhung des Steuerfusses die meisten reichen Leute die Stadt verlassen würden. Ebenfalls würde es auch einen grossen Einfluss auf die steuerzahlenden Stadtbürgerinnen und -bürger haben. Dazu kann ich denjenigen Personen sagen, welche auf diesem Argument herumreiten, dass ihnen offenbar gewisse soziologische Untersuchungen entgangen sind. Bereits seit 10 Jahren hat man immer wieder festgestellt, dass bei den Kriterien für eine Ortsniederlassung, nicht die Frage des Steuerfusses an erster Stelle steht. Dazu hat in der FIKO zum Teil auch eine heftige und abwertende Debatte mit gegenseitigen Angriffen stattgefunden. Ich denke, diese hören wir heute Abend noch. Schliesslich zählt das Ergebnis und dieses lautete in der FIKO wie folgt: Die FIKO empfiehlt den Steuerfuss von 2,4 mit 5 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion FDP spricht *Adrian Haas*: Ich habe es bereits gesagt, man will dem Volk eine Variante vorlegen, von der man genau weiss, dass sie abgelehnt wird. Es ist unseriös und ein Missbrauch eines demokratischen Instruments. Man will nur deshalb eine Steuererhöhung-Diskussion heraufbeschwören, um dann im Windschatten die Variante 2,3 durchzubringen.

Zu der Steuererhöhung: In zahlreichen Gemeinden der weiten Region Bern wurde in diesem Jahr die Steueranlage gesenkt. Namentlich sind es die Gemeinden Bremgarten, Grosshöchstetten, Ittigen, Jegenstorf, Kehrsatz, Kirchlindach, Moosseedorf, Mühleberg, Muri, Stettlen, Urtenen, Vechigen, Wohlen und Zollikofen. Dies erfolgte durch Sparanstrengungen gemäss Aussagen des Amts für Gemeinden und Raumordnung. Glaubt hier im Rat jemand im Ernst, die Stadtbernerinnen und Stadtberner seien bereit, mit einem solchen Umfeld einer Steuererhöhung zuzustimmen, welche eine erneute Abwanderung von guten Steuerzahlerinnen und -zahlern begünstigt? Wir müssen mit solchen Pseudovarianten aufhören.

Bernhard Pulver (GFL) erinnert daran, dass die Fraktion GFL/EVP ganz klar für eine Erhöhung des Steuersatzes auf 2,4 plädiert. Ohne diese Erhöhung weisen wir ein Defizit von 20 Mio. Franken aus. Wir sind davon überzeugt, dass wir in Zukunft keine Budgets mehr mit Defiziten vorlegen können. Es ist in einer verantwortungsvollen Politik nicht mehr möglich, die heutigen Ausgaben als Schulden auf die künftigen Generationen von Politikerinnen und Politikern zu überwälzen. Im Kanton Thurgau besteht seit den 20iger Jahren die folgende

Regelung: Wenn das Budget ein Defizit aufweist, wird der Steuerfuss automatisch angepasst. Der Kanton Thurgau hat seit langer Zeit kein Defizit mehr ausgewiesen. Einzelne kleine defizitäre Fälle mussten auf die nächsten Jahre übertragen werden. Wenn wir eine verantwortungsvolle Politik machen wollen, müssen wir den Steuerfuss auf 2,4 erhöhen. Es scheint uns ganz klar, dass wir zudem weitere Sparmassnahmen ergreifen müssen, damit wir im nächsten Jahr wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen können. Ich bin mir nicht sicher, ob die vereinbarten Sparmassnahmen dazu ausreichen werden. Wir von der GFL werden auf jeden Fall Hand bieten, weitergehende Sparmassnahmen auszuarbeiten, auch wenn diese manchmal unbequem und nicht immer zu 100% RGM-konform sind. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir eine Variantenabstimmung vorlegen müssen. Es ist zwar sinnvoll, jetzt eine Steuererhöhung zu machen, aber wir müssen dem Volk die Möglichkeit zur Entscheidung offen lassen, ob es weiterhin ein Defizit will und dies einer Steuererhöhung vorzieht.

Thomas Fuchs (JSVP) für die SVP-Fraktion: Es geht hier sicher nicht darum, dass wir einen Steuerfuss 2,4 ohne Variantenabstimmung wollen, damit wir das Budget einfacher bekämpfen können. Ich denke, das Stimmvolk weiss sehr wohl, was es will. Bisher hatten wir in der Stadt Bern eine Rot-Grün-Mehrheit und ich denke, wir müssen nun den Mut haben zu sagen, wir wollen es so. Das Volk soll nicht aus einer Wunschliste heraus wählen können. Die SVP und die JSVP verurteilen die Schlaumeierei der Finanzdirektorin, hier eine Variantenabstimmung durchzubringen. Wir hätten mehr Führungsverantwortung erwartet, nicht nur von der Finanzdirektion sondern auch vom Gesamtgemeinderat. Für uns ist klar, eine Variantenabstimmung wird abgelehnt, ebenfalls eine Steuererhöhung. Wir sind der Meinung, das Gewerbe, der Mittelstand und die Leute, welche noch Steuern bezahlen, sind genug belastet. Wir müssen nun den Mut für einen klaren Entscheid haben, eine Führungsrolle übernehmen, wenn der Gemeinderat dazu nicht in der Lage ist.

Irène Marti Anliker (SP) spricht für die SP-Fraktion: Es ist ganz klar, die SP-Fraktion stimmt einer Steuererhöhung auf 2,4 zu. Wir kennen die Geschichte der Budgetabstimmungen und wir sehen bei diesen Varianten, bei welchem Steuerfuss das Defizit ausgeglichen werden kann oder wo noch ein Defizit geschrieben wird. Ich denke, es ist gegenüber den Abstimmenden transparent dargestellt, es ist keine Mogelpackung. Ich verstehe es von der anderen Ratsseite nicht, dass sie nicht sachlich auf die Variante eintritt und Gründe aufführen kann, warum sie dagegen ist. Mit dem Steuerfuss von 2,3 weisen wir ein Defizit von 20 Mio. Franken aus, mit 2,4 ist das Budget ausgeglichen. Dies hat mit einer Mogelpackung überhaupt nichts zu tun. Mit dieser Variante machen wir den Leuten verständlich, was finanzpolitisch notwendig ist. Wenn wir in der Botschaft nachschauen, wieviel eine Steuererhöhung ausmacht, so sind es nicht die Leute mit den mittleren und tieferen Einkommen, die zur Kasse gebeten werden, es ist ganz klar die obere Schicht. Die SP-Fraktion wird im Abstimmungskampf kommunizieren und den Leuten aufzeigen, welche Folgen ihr Abstimmungsverhalten hat und wofür sich die SP einsetzt. Ich bitte, hier sachlich zu argumentieren und nicht im vornherein von einer Mogelpackung zu sprechen.

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Peter Sigerist*: Wir sind schon wieder daran, die Ratsdebatte vom letzten Donnerstag zu wiederholen. Offensichtlich ist es der Gradmesser für die Effizienz dieses Parlaments. Zur Sache: wir stimmen nicht über 2,3 oder 2,4 ab, sondern über 2,4 – ausgeglichenes Budget oder 2,3 – Defizit von 20 Mio. Franken. Es sind zwei verschiedene Sachen, es stecken zwei verschiedene Konzepte dahinter. Wir streiten seit mehreren Jahren darüber, ob wir die Steuererhöhung priorisieren sollen oder mit einem Defizit weiterarbeiten können. Beides ist möglich, der Souverän kann darüber entscheiden. Der Gemeinderat wie auch die Fraktion GB/JA! übernehmen gerne ihre Führungsverantwortung. Wir werden uns aktiv für die Variante 2,4 – ausgeglichenes Budget – einsetzen. Wir legen dem Souverän eine klare Alternative vor. 12 Kilometer von hier entfernt haben die Bürgerlichen in der Gemeinde Worb eine Variantenabstimmung mit der Steueranlage 2,4 / 2,5 gefordert. Worb hat im Moment den Steuerfuss bei 2,6. Ich gehe nicht davon aus, dass danach die Worberinnen und Worber in die Stadt ziehen werden, wenn nicht die bevorzugte Variante durchkommen wird.

Es ist klar, wir können im Jahr 1999 eine demokratie-politisch interessante und erweiterte Möglichkeit dem Souverän unterbreiten. Er kann entscheiden, was wichtiger ist. Eine ausgeglichene Rechnung, welche immerhin auch die Bürgerlichen seit Jahren fordern, oder eine Steueranlage wie bisher, aber mit der Inkaufnahme eines Defizits von 20 Mio. Franken.

Sven Baumann (GFL): Ich vertrete hier die Fraktions-Minderheit. Ich begründe, warum wir dieser Variantenabstimmung nicht zustimmen können. Wir halten die Variantenabstimmung sachlich als auch taktisch und politisch falsch. Das Budget muss dem Volk mit nur einem Steuerfuss in der Höhe von 2,4 unterbreitet werden. Zur sachlichen Ebene: Wenn wir die Zahlen, die Entwicklung in der Finanzplanung, die ausgepresste Sparzitrone betrachten, dann ist klar, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Es geht nur noch darum, die unpopuläre Massnahme gegenüber aussen zu vertreten. Damit bin ich bei der taktischen Ebene. Wenn wir jetzt den Steuerfuss 2,4 dem Steuerfuss 2,3 gegenüberstellen, wird die Steuererhöhung sicher nicht angenommen. Wir vergraben unsere eigene Überzeugung. Wer beisst schon gerne in einen sauren Apfel, wenn daneben ein reifer, ökologisch und sozial abgesegneter Apfel liegt, der optisch keinerlei Nebenwirkungen oder Nachteile aufweist. Damit bin ich bei der politischen Ebene angelangt. RGM wird sich mit einer Variantenabstimmung unglaublich, inkonsequent, widersprüchlich und opportunistisch verhalten. Wenn wir während 10 Jahren den Leuten dauernd zu verstehen geben, dass die Defizitanhäufung finanz- und sozialpolitisch unverantwortbar ist und eine Steuererhöhung ohne Ausweg und Wahl notwendig ist, dann darf dem Stimmvolk nicht eine Variante von 2,3 vorgeschlagen werden. Wenn wir mit Varianten operieren, dann mit wirklichen Varianten. Die Gemeinde Köniz hat es vorgemacht. Dem Stimmvolk wurde ein Budget mit Schwimmbassin und eines ohne Schwimmbassin vorgelegt. So haben die Leute die Möglichkeit tatsächlich zu wählen. Wollen und brauchen wir ein Bassin und nehmen wir deswegen ein Defizit in Kauf? Der Steuerfuss 2,3 ist aber für uns keine Variante, wir können und dürfen die Leute nicht fragen, wollt ihr ein Defizit oder nicht. Es liegt in unserer Verantwortung, dies zu entscheiden. Wenn wir dies nicht können oder wollen, stehlen wir uns aus unserer Verantwortung, dann sind wir hier fehl am Platz. Die RGM hat die Mehrheit erlangt und verteidigt diese mit einer glaubwürdigen, transparenten und konsequenten Politik. Eine Variantenabstimmung wäre im wahrsten Sinne des Wortes ein Kabinettstück, welches vieles in Frage stellen und viele Leute enttäuschen würde. Haben wir deshalb den Mut, zu unserer Überzeugung zu stehen, haben wir den Mut zu einer unpopulären Entscheidung, trotz oder gerade wegen den Wahlen. Mut wird belohnt. Darum sagen wir ohne wenn und aber ja zum Steuerfuss 2,4 und nein zu einer Variantenabstimmung.

Einzelvoten

Beat Schori (SVP): Die Steuererhöhung spielt bei den kleinen Einkommen eine Rolle, bei den anderen nicht, weil diese sowieso auf dem Absprung Richtung Muri sind. Muri hat einen Steuerfuss von 1,2. Ich muss zudem noch etwas anderes klarstellen. Es wird hier plädiert, dass mit dem Steuerfuss von 2,4 das Budget ausgeglichen sei, das stimmt nicht. Den Betrag von 44 Mio. Franken aus dem Verkauf der Schulhäuser oder Gymnasien dürfen wir nicht der Rechnung zurechnen, wenn der Kanton Recht erhält. Somit ergibt es ein Defizit von 44 Mio. Franken, bei einem Steuerfuss von 2,3 hätten wir ca. 64 Mio. Franken Defizit.

Stephan Hügli (FDP): Ich glaube, die Mehrheit der Regierung hat hier acht Jahre lang gezeigt, dass man nicht sparen kann und schon gar nicht davon sprechen darf, dass man zuerst die Steuern erhöhen soll. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir dies nicht machen dürfen, weil auch dann nicht gespart wird. Wir würden bestimmt sofort zahlreiche neue Aufgaben finden, um das Geld loszuwerden. Es ist von der Finanzdirektorin sehr klug, diese Mogelpackung hier vorzulegen. Wir wissen, dass das Volk einem Steuerfuss von 2,4 nicht zustimmen wird, eigentlich müssten wir 2,5 verlangen. Jeder hier im Rat weiss, dass wir damit nicht durchkommen werden. Es ist dem Volk egal, wieviel das Defizit im Budget ausmacht. Genau hier machen wir Betrug gegenüber dem Volk wenn wir sagen, ihr könnt jetzt zwischen Syphilis oder Aids entscheiden. Aids ist schlimmer, Syphilis kann man vielleicht irgend einmal in Zukunft kurieren.

Ein weiteres Argument ob jemand in die Stadt zieht, ist sicher die Frage des Steuerfusses. Die Untersuchungen zeigen, dass die Frage nach dem Steuerfuss nicht an erster Stelle auftaucht. Stimmen diese Studien oder nicht? Wenn ich mit vermögenden Leuten spreche, merke ich sehr bald, dass der Steuersatz auch ein Problem darstellt, vielleicht nicht das grösste. Die Frage, ob reiche Leute bei diesem Steuersatz überhaupt nach Bern ziehen, war nicht Inhalt der Untersuchungen. Ich erhalte immer wieder Anfragen betreffend Steuerfuss von auswärtigen Gründern, die sich in Bern ansiedeln möchten. Der Steuerfuss ist nicht der einzig ausschlaggebende Punkt, aber er zählt einfach mit.

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Wir haben vor kurzer Zeit ein Wirtschaftstreffen in Bern durchgeführt, da wurde bestätigt, dass wir steuermässig sehr gut da stehen. Ich will hier nicht nur positive Faktoren hervorheben, es wurden auch negative Faktoren zu Bern vermerkt. Diese Faktoren wurden auch bereits im Rat diskutiert. Ich bin mir bewusst, dass tiefere Steuern für unsere Stadt attraktiver wären.

In der heutigen NZZ habe ich einen Artikel gelesen, dass die Stadt Zürich zum zweiten Mal schwarze Zahlen vorlegen kann. Wir wissen, dass die Stadt Zürich grosse strukturelle Probleme hat und nur dank dem Lastenausgleich die schwarzen Zahlen schreiben kann. Die Stadt ist Nettobezügerin und erhält 80 Mio. Franken. Wenn wir im Artikel weiterlesen, steht in einem unteren Abschnitt, dass der Kantonsrat nun wieder 84 Mio. Franken gesprochen hat. Im gleichen Artikel sind gewisse Sparbemühungen aufgelistet und es wird vermerkt, dass die Steuern nicht gesenkt werden. Die Stadt Zürich schneidet bei den mittleren und oberen Einkommen besser ab als wir, das gestehen wir neidisch zu. Obwohl der Druck steigt, werden die Steuern nicht gesenkt, weil sie noch 1,49 Milliarden Franken aufgelaufene Bilanzfehlbeträge ausweisen. Der Kanton hat bei der Stadt Zürich eine grosszügigere Haltung eingenommen und hat Rücksicht genommen, vor allem mit dem Lastenausgleich.

Weil wir die 56 Mio. Franken aus dem Lastenausgleich nicht erhalten, müssen wir über eine Steuererhöhung diskutieren. Wie wir heute in der Zeitung lesen konnten, haben wir deswegen in nächster Zeit mit dem Regierungsrat eine Zusammenkunft. Uns wurden zudem noch andere Sachen auf die Schultern geladen. Wir fragen uns, sind die Bernerinnen und Berner bereit, eine Steuererhöhung anzunehmen, umsomehr sie sehen, dass wir sehr viele Lasten zu tragen haben. Das Volk sieht, dass die Leute ringsum Bestellungen aufgeben, dafür aber nicht bezahlen. Dies ist deshalb so, weil der Wirtschaftsraum nicht mehr mit dem politischen Raum übereinstimmt. Müssten wir uns nicht dagegen wehren? Wir als Stadtbernerinnen und Stadtberner können doch nicht für die anderen Leute so viele Steuern bezahlen. Dies ist die eine Seite, worüber wir sicher diskutieren müssen und das spricht für eine Variante. Nein sagen, wenn es um das eigene Portemonnaie geht, ist sehr beliebt, wir haben dabei immer Misserfolg gehabt. Nun gibt es aber auch noch einen anderen Grund, warum wir durchaus sagen können, wir müssen den Steuerfuss auf 2,4 setzen, es ist wegen dem Kanton. Wir befinden uns im Würgegriff des Kantons und es ist klar, dass der Kanton, nach dem neuen Gemeindegesetz, bereits jetzt den langen Arm nach uns ausgestreckt hat. Wenn wir bis 2003 nicht einen ausgeglichenen Finanzhaushalt ausweisen können, müssten wir auf der Ertragsseite etwas machen, man müsste die Steuern auf 2,5 oder allenfalls 2,6 erhöhen, bis endlich das übergestellte Ziel erreicht wäre. Dies können wir nicht machen, weil wir eine demokratie-politische Bevölkerung haben, welche abstimmt.

Wir haben noch nie ein Budget mit dem Steuerfuss 2,4 durchgebracht. Nun haben wir uns gesagt, wir unterbreiten eine Variantenabstimmung, dies ist keine Mogelpackung, es hat verschiedene Gründe. Die verschiedenen Parteien werden sich dafür oder dagegen engagieren. Der Gemeinderat nimmt Stellung, aber er ist sich nicht sicher, weil er bis jetzt noch nie erfolgsverwöhnt gewesen ist. Wenn das Volk dem Budget nicht zustimmen wird, so haben wir bis zur nächstmöglichen Abstimmung (21. Mai 2000) kein Budget. Eine Stadt ohne Budget ist für eine Verwaltung nicht interessant. Wenn wir die verschiedenen Faktoren gegeneinander abwägen, so ist die Variante das Ehrlichste und Realistischste, was wir dem Volk unterbreiten können. Ich bitte den Rat, die Variantenabstimmung zu unterstützen.

Adrian Haas (FDP): Die Finanzdirektorin hat wie gewohnt so viele Facetten gesagt, dass es kaum möglich ist, auf alles einzugehen. Ich will hier nur noch ein paar wichtige Punkte anbringen. Die Finanzdirektorin hat gesagt, die Kadersteuerbelastung in Bern sei im Lot, diese

sei gut. Ich kann dazu nur bemerken, dass der Kanton Bern in punkto natürlicher Personen bei den Kadern bei 120 Indexpunkten im Schweizerischen Vergleich steht. Herr Hartmann von der Valora hat wahrscheinlich gemeint, die Steuerbelastung in der Schweiz insgesamt und die Staatsquote sei im Vergleich zum Ausland noch relativ gut. Das ist tatsächlich so. Die Stadt Bern steht primär nicht in Konkurrenz zum Ausland, sondern wir stehen in Konkurrenz zu den Gemeinden rund um Bern. Dort müssen wir schauen, dass wir mit den Steuern nicht über dem Durchschnitt der Gemeinden sind, das wäre gar nicht gut und deshalb sind wir konsequent gegen jegliche Steuererhöhung. Es wird nicht lange dauern bis die Einkommensbezüger, welche Irène Marti Anliker angesprochen hat, wegziehen werden, genau damit trifft es die Stadt am meisten. Danach können wir in 2 Jahren hier im Rat wieder über eine Steuererhöhung diskutieren, die Spirale dreht sich weiter und das Steuersubstrat nimmt laufend ab.

Die Finanzdirektorin hat einmal mehr über den Kanton gejammert. Hört doch endlich mit den Schuldzuweisungen auf. Nehmt die politischen Realitäten an wie sie sind. Im Grossrat findet ein sehr grosser Verteilungskampf zu den knappen Finanzen statt. Wir müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass das Geld nicht vorhanden ist. Sie können noch 10 Jahre jammern, es fliesst kein Fünfer mehr in die Gemeindekasse, versucht einmal die Finanzen aus eigener Kraft zu sanieren.

Ich bedaure, dass wir in der letzten Stadtratssitzung sämtliche Vorstösse, hier trägt nicht primär die Finanzdirektorin Schuld, sondern ein Teil der linken Seite des Rats, abgelehnt haben und nicht auf unsere Sparvorschläge eingetreten sind. Wir wollen nun nicht hören, es sei nicht möglich die Finanzen zu sanieren, man müsse am Schluss die Steuern auf 2,8 erhöhen. So geht es nicht, wir müssen sparen, Sorge zum Geld tragen, dann bringen wir die Finanzen auch wieder einmal in Ordnung und zwar aus eigener Kraft. Wir dürfen nicht immer nur auf bessere Zeiten hoffen.

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Ich habe mich vielleicht nicht sehr gut ausgedrückt. Natürlich ging es darum, dass die Stadt Bern auch für ausländische Manager als Wohnsitz interessant ist. Adrian Haas wirft mir immer wieder vor, ich solle nicht jammern, ich solle die Gegebenheiten akzeptieren. Danke für diesen Ratschlag, das Gleiche gilt auch für Sie, akzeptieren Sie die Gegebenheiten der Stadt und der Mehrheiten. Predigen Sie mir nicht immer Wasser und trinken selber Wein.

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Wir wissen, dass der Kanton finanziell auch nicht auf Rosen gebettet ist. Wir wissen auch, dass bei einem finanzschwachen Mann oder Frau nur beschränkt etwas zu holen ist. Die Stadt sitzt ebenfalls in der Finanzklemme, der Kanton sollte auch sehen, dass es schwierig ist, etwas zu holen und er sollte uns nicht immer mehr aufbürden. Wir wehren uns vor allem dafür, was wir im Hinblick auf den neuen Finanz- und Lastenausgleich in der Aufgabenteilungskommission vereinbart haben, dass wir dies behalten können und uns dies nicht durch weitere Massnahmen wegoperiert wird. Es ist etwas, das durch die Politik gestaltet wird, deshalb nehmen wir dort auch Einfluss. Ich staune immer wieder, dass es Werbebüros in der Stadt Bern gibt, welche Kandidatinnen und Kandidaten für die Eidgenössischen Wahlen unterstützen und für sie tätig sind und dabei gar kein Verständnis für die Stadt haben.

Peter Sigerist (GB): Es wird wirklich langsam Zeit, dass wir die Geschichte auf den Punkt bringen. Das von Adrian Haas gehaltene Referat verrät objektiv die Interessen der Stadt. Die Stadt ist nicht homogen, das wissen wir, aber die Stadt steht in einem direkten Clinch, in einer politischen Auseinandersetzung mit der übergeordneten Behörde, dem Kanton. Heute können wir in der BZ lesen, dass es wieder Verhandlungen geben wird. Die heftigen Auseinandersetzungen finden seit einigen Jahren statt, die sind bekannt. Bei jeder Budget-Debatte sagt Adrian Haas, dass wir über den Kanton jammern, wir sollten die Gegebenheiten akzeptieren. Wir führen einen politischen Kampf für Mehrheitswerte in dieser Stadt. In der Auseinandersetzung mit dem Kanton gibt es objektive und homogene Interessen der Stadt. Wer so wie Adrian Haas spricht, schwächt die Position dieser Stadt objektiv und stärkt den Speckgürtel. Dies muss einmal auf den Punkt gebracht werden und ich hoffe, dass innerhalb des

Freisinns endlich einmal wahrgenommen wird, dass hier endlich eine Wende eintritt, sonst kann man nicht gemeinsam die Interessen der Stadt durchsetzen.

Irène Marti Anliker (SP): Einen Teil hat Peter Sigerist bereits erwähnt, ich verzichte auf eine Wiederholung. Ich will auch noch etwas zu den Voten von Adrian Haas sagen. Die sagenhafte Motion, welche wir letzten Donnerstag hier behandelt haben, wurde in unserer Fraktion eingehend diskutiert. Jetzt werden uns die folgenden Argumente um die Ohren geschlagen: Wenn ihr einigen Punkten unserer Motion zugestimmt hättet, wären wir auch umgänglicher in der Diskussion des Budgets. Wir könnten zur Motion der FDP ja sagen, dieselbe Partei würde sicher zu einem Budget der SP nein sagen. Die Motion beinhaltet keine Sparvorschläge. Es wären zum Teil Verwaltungsleerläufe in Auftrag gegeben worden, die wir in der Verwaltung schon prüfen. Es handelte sich um politische Sachen, die wir nicht mittragen. Wir helfen nicht mit, ein Gleichstellungsbüro zu schliessen. Von den erwähnten 26 Punkten der Motion, welche wir genau betrachtet und diskutiert haben, war das Sparpotenzial nicht vorhanden, es ging um Abbau, den wir nicht mittragen können. Mir ist es ein grosses Anliegen hier zu sagen, dass wir nicht gegen das Sparen sind.

Bernhard Pulver (GFL): Ich bin nicht der gleichen Meinung wie Irène Marti Anliker bei der Einschätzung der Sparvorschläge der letzten Woche. Wir haben kurzfristig keine weiteren Sparmöglichkeiten mehr, das ist der Punkt. Auch die Vorschläge der SP sind alles mittel- oder langfristige Sparvorschläge. Hier diskutieren wir nun über das Budget des nächsten Jahres. Wir sollten nicht noch einmal weitere 20 Mio. Franken Defizit aufhäufen. Die SP hat auch keine Vorschläge gemacht, wie man das Budget des nächsten Jahres um den genannten Defizit-Betrag entlasten könnte und zwar deshalb, weil es kurzfristig keine Möglichkeiten gibt. Bei mittel- oder langfristigen Massnahmen werden wir Hand bieten. Vom Gemeinderat werden bereits jetzt verschiedene Punkte untersucht und geprüft, uns werden weitere Vorschläge unterbreitet. Ich bin der Meinung, wir müssen den Steuersatz auf 2,4 erhöhen, weil wir die Defizite nicht noch weiter anhäufen dürfen. Es gibt einen zweiten Punkt, der für eine Standortfrage einer Stadt ebenso wichtig ist, wie die Frage nach dem Steuerfuss. Es ist die Zuverlässigkeit des staatlichen Handelns. Wenn wir davon ausgehen, dass die Defizite immer grösser werden und sich die Stadt nicht mit der Erhöhung der Steuern durchsetzen kann, wissen wir nicht, ob wir in zwei Jahren den Steuerfuss nicht auf 2,5 oder gar 2,6 erhöhen müssen. Ich bin der Meinung, es ist sinnvoll den Steuerfuss jetzt zu erhöhen um kurzfristig ein Defizit zu verhindern. Wir haben keine Alternative, wir brauchen einen Steuerfuss von 2,4.

Adrian Haas (FDP): Ein paar Worte zu Peter Sigerist. Wenn ich in einer zu teuren Wohnung bin, die ich nicht mehr bezahlen kann und ich erhalte nicht mehr Lohn, komme ich zu dir und bitte dich um einen Rat. Würdest du mir raten, dass wir zusammen zum Chef gehen und uns gemeinsam für eine Lohnerhöhung einsetzen? Dies wäre eine Möglichkeit. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass unsere Stadt grosse Zentrumslasten zu tragen hat, auf der anderen Seite müssen wir auch die politischen Realitäten erkennen. Ich weiss, dass die Budget-Debatte immer wieder eine müde Diskussion ist, wir hören seit 6 Jahren, dass wir langfristig sparen müssen. Ich erinnere daran, dass das Komitee für gesunde Stadtfinanzen, bereits mehr als 40 Vorstösse eingereicht hat, in denen Sparmassnahmen vorgeschlagen werden. Ein kleiner Teil davon ist in das runde Tischpaket geflossen, einen grossen Teil wollte man hier im Rat nicht. Wenn wir damals darauf eingegangen wären, könnten wir heute ein ausgeglichenes, ein ehrliches und ausgeglichenes Budget präsentieren.

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch:* Im Jahr 1994 hat der Kanton bei uns eingegriffen und eine Art Inspektion durchgeführt. Er ist zur Ansicht gekommen, dass wir sehr seriös budgetieren und die Finanzen im Grossen und Ganzen im Griff haben. Dies hat sich auch auf der Ausgabenseite bestätigt. Als reiche Stadt Bern bezahlen wir 30 Mio. Franken in den direkten Finanzausgleich. Anhand der Steuerkraft sind wir der absolute Spitzenreiter, wir haben 56 Mio. Franken ausgewiesene Zentrumslasten und sollten 30 Mio. Franken zurückbekommen. Wenn wir in dieser kurzen Zeit all die Massnahmen umgesetzt hätten, die der Kanton von uns verlangt hat, hätten wir das Ziel ehrlich oder heuchlerisch erreicht. Sagt mir bitte, wie

man das Angebot noch aufrechterhalten und ohne Entlassungen arbeiten kann. Wir wären in einem Feld von grossen Widersprüchen. Wir brauchen einen Steuerfuss von 2,4.

Beschluss

- er erfolgt unter Namensnennung -

Der Rat stimmt einer Variantenabstimmung mit 38 Ja, 29 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Béatrice Stucki, Margrit Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset.

Mit Nein stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

3. Detailberatung des Voranschlags

FIKO-Präsidentin *Ruth Rauch* (SP): Wir haben verschiedene Delegationen gehabt, welche den einzelnen Direktionen einen Besuch abgestattet haben und mit einer grossen Menge von Diskussionspunkten in die FIKO zurückgekommen sind. Daraus haben sich die nun vorliegenden Anträge ergeben.

Ich werde die Anträge jeweils begründen, wobei es selbstverständlich jedem Delegations- oder FIKO-Mitglied freigestellt ist, weitere Begründungen vorzubringen. Zu den nachträglich eingetroffenen Anträgen werde ich nichts sagen, die haben wir in der FIKO gar nicht diskutiert. Die Anträge zum Produktgruppen-Budget NSB werden von Konrad Bossart begründet.

Gemeinde und Behörden: Beiträge an eigene Anstalten (SVB-Abos für alt GR)
Seite 12, Konto 030.3630.00, Kürzung um Fr. 6 100.00 (Antrag FIKO)

Ruth Rauch (SP): In der FIKO wurde kritisiert, dass wir bei Gemeinde und Behörden eine sehr hohe Nettoaufwandsteigerung haben. Es wurde uns damit begründet, dass dies mit der politischen Agenda zu tun habe. Aus diesem Grund seien die Kosten in einem Jahr höher, im folgenden dann wieder tiefer. Dank dieser Begründung wurde von einem Antrag abgesehen. Allerdings unterbreitet die FIKO dem Rat einstimmig den vorliegenden Antrag, den Betrag für die Freikarten SVB der Alt-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte zu streichen. Dies ist sicher ein symbolischer Akt und keine grosse Aufbesserung des Budgets.

Präsidialdirektion: Büromaterial, Drucksachen
Seite 23, Konto 150.3100.11, Kürzung um Fr. 10 000.00 (Antrag FIKO)

Ruth Rauch (SP) begründet diesen Antrag wie folgt:

Bei der Präsidialdirektion haben wir auch eine Steigerung des Nettoaufwands, welcher in der FIKO kritisch bemerkt wurde. Ebenfalls eine grosse Steigerung weisen die Direktionssekretariatskosten auf. In der Diskussion haben wir gemerkt, dass ein grosser Teil der Gründe inter-

ner Verrechnungen und Aufgabenverschiebungen zuzuschreiben sind, deshalb wurde dazu auch kein Antrag gestellt.

Der Delegation ist aufgefallen, dass der budgetierte Betrag bei Konto Büromaterial, Drucksachen viel höher als im Vorjahr war. Von der Präsidialdirektion wurde uns mitgeteilt, dass tatsächlich ein Rechnungsfehler vorliege, deshalb der Antrag um Kürzung von Fr. 10 000.00.

Beschluss

Die beiden Anträge der FIKO sind unbestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Polizeidirektion:

Löhne und Zulagen: **Streichung der vorgesehenen 16 neuen Stellen**

Seite 30, Konto 210.3010.00, Kürzung um Fr. 850 000.00 (Antrag Theiler (GPB))

Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen

Seite 33, Konto 210.3030.00, Kürzung um Fr. 54 800.00 (Antrag Theiler (GPB))

Arbeitgeberbeiträge Personalvorsorgekasse

Seite 33, Konto 210.3040.00, Kürzung um Fr. 60 500.00 (Antrag Theiler (GPB))

Arbeitgeberbeiträge an Unfall- und Krankenversicherungen

Seite 33, Konto 210.3050.00, Kürzung um Fr. 10 300.00 (Antrag Theiler (GPB))

Luzius Theiler (GPB): Jetzt haben wir die Nagelprobe für die Sparapostel, wie ernst es ihnen mit den geäusserten Worten vom letzten Donnerstag ist. Die Polizei soll um nicht weniger als 16 Stellen aufgestockt werden, dies kostet im Moment eine knappe Million Franken. Allerdings rechnet man für eine Stelle längerfristig mit Kosten von Fr. 100 000.00, diese würden dann bald einmal ca. 1,5 Mio. Franken ausmachen, wenn die Leute in eine höhere Lohnklasse aufsteigen. 1,5 Mio. Franken sind ein grosser Betrag und ich frage mich, warum wir hier, entgegen dem Versprechen zu Sparbemühungen, dem Sozialabbau, dem Sparen beim Personal in der Fürsorge etc., so grosszügig sind und aufstocken wollen. Es wird uns gesagt, das habe in der Vorlage über die Arbeitszeitverkürzung gestanden. Dies ist tatsächlich der Fall, die Arbeitszeitverkürzung habe zur Folge, dass bei der Polizei neue Stellen geschaffen werden müssen. Es gilt klar festzuhalten, dass dies durch das Projekt KOBRA längstens kompensiert ist. In der Vorlage zum Projekt KOBRA steht, ich zitiere – die ersten Erfahrungen bei der Stadt- und Kantonspolizei Zürich sowie der Kantonspolizei Graubünden bestätigen die Annahme der Stelleinsparungen durch das EDV-Rationalisierungsprogramm in den Polizeiposten. Diese ergibt ein Nettorationalisierungspotential von ca. 20 Stellen – Ende des Zitats. Die angeblich geforderten 16 Stellen für die Kompensation Arbeitszeitverkürzung sind überkompensiert durch die Rationalisierungsmassnahmen. Wir haben auch andere Projekte beschlossen, z.B. die Einsatzleitzentrale, neue Funksysteme usw., wofür buttern wir Millionen um Millionen in solche EDV-Anlagen, wenn es überhaupt keinen Effekt haben soll. Ich bitte den Rat, hier konsequent zu sein. Selbst im Vorstoss der Freisinnigen Partei vor einer Woche sind die 33 Mehrstellen, die es gesamthaft braucht, mit einem Ausrufezeichen in Klammer versehen gewesen. Vor einer Woche war der Rat gegenüber diesen Stellenschaffungen kritisch. Ich erwarte, dass man es auch heute noch ist. Es ist eine altbekannte Tatsache, dass manchmal die Sparapostel besonders grosszügig gegenüber ihrer Klientel sind. Bereits 1985 wurde im Stadtrat eine Motion mit dem Titel "Stellenplafonierung in der städtischen Verwaltung" eingereicht. Diese Motion stammt von einem gewissen Alt-Stadtrat Kurt Wasserfallen. Er ist heute am längeren Hebel und kann darüber entscheiden. Ich weise darauf hin, dass gerade bei der Polizei noch ein Sparpotential jenseits EDV und Rationalisierung vorhanden ist. In der Motion der GFL, welche vor einer Woche eingereicht wurde, sind verschiedene solche Möglichkeiten aufgezeigt, z.B. beim Nachrichtendienst. Wir brauchen eine Polizei für unser Sicherheitsbedürfnis, aber nicht eine Polizei, welche trotz immer weniger Anzeigen, weniger Delikten und Unfällen personell aufgestockt wird.

Ruth Rauch (SP) spricht für die FIKO: Generell wurde zur Polizeidirektion mit Genugtuung festgestellt, dass wir eine Nettoaufwandsenkung sowohl in Bezug auf den Voranschlag als auch der Rechnung 1998 haben. Zurückzuführen ist dies auf die Redimensionierung des

Zivilschutzes, der Sanitätspolizei und einer Erhöhung der Abgeltung des Bundes. Die von Luzius Theiler angesprochenen 29 neu geschaffenen Stellen sind 16 bei der Stadtpolizei und 13 bei der Sanitätspolizei. In der FIKO sind die neu zu schaffenden 16 Stellen unbestritten.

Der Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* nimmt zum Antrag von Luzius Theiler Stellung: Besten Dank dass Luzius Theiler meine Motion erwähnt hat. Es ist nicht alleine mein Verdienst. In dieser Zeit hat die Stadtpolizei kapazitätsmässig nicht aufgestockt. Damit wurde die Motion Wasserfallen wenigsten in diesem Punkt erfüllt. Der Stadt- und Gemeinderat haben davon Kenntnis genommen, dass die Kapazitäten bei den 24-Stunden-Betrieben ausgeglichen werden. Nebst der Stadtpolizei ist es die Sanitätspolizei mit 3 Stellen, das Jugendamt in 3 Positionen mit 8,45 Stellen, die Altersheime mit 6 Stellen und das GWB mit 4 Stellen. Die Aussage betreffend Anzeigen stimmt natürlich nicht, wir haben wesentlich mehr Arbeit, die Anforderungen sind gestiegen und wir geben uns Mühe, dass wir eine Kapazitätsvermehrung umgehen können. Ich bitte den Rat, den Antrag von Luzius Theiler abzulehnen.

Beschluss

Der Antrag von Luzius Theiler betr. Streichung der vorgesehenen 16 neuen Stellen wird mit 61 Nein, 2 Ja bei 5 Enthaltung abgelehnt.

Anschaffung von Mobilien Polizeiinspektorat
Seite 33, Konto 230.3110.00, Kürzung um Fr. 30 000.00 (Antrag FIKO)

Ruth Rauch (SP): Hier wurde eine Budgetsteigerung gemacht, welche mit Anschaffung von Büromöbel, Ablagesystem usw. zusammenhängt. Aus Sicht der FIKO ist dies ungenügend begründet, eine Kürzung wird mit 7 : 2 Stimmen beantragt.

Der Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen*: Ich will zu diesem Antrag zwei Hauptpunkte erwähnen. Die Anwesenden wissen alle, dass wir auf der Einwohnerkontrolle ein Nummernsystem haben. Es gibt manchmal Wartezeiten, aus Spargründen mussten wir die Schalterzeiten ändern und verkürzen. Unser System ist bereits 12 Jahre und veraltet. Wenn das System aussteigt, kommen die Leute unkontrolliert in die Schalterhalle der Einwohnerkontrolle und drängen zu den Schaltern. Dadurch wird die Arbeit des Personals hinter den Schaltern kompliziert. Wir müssten uns überlegen, ob Kontrollpersonen für Ordnung sorgen. Wir haben dort Rationalisierungsmassnahmen gemacht, dass alle an allen Schaltern bedient werden können. Die Trennung von Schweizerinnen/Schweizern, Ausländerinnen/Ausländer gibt es nicht mehr. Das System wird in nächster Zeit von der Lieferfirma nicht mehr gewartet, es werden keine Reparaturarbeiten mehr ausgeführt.

Der nächste Begründungspunkt, Möbelanschaffung, scheint mir ebenfalls wichtig. Zum Teil stehen in unserer Direktion noch Holzpulte. Wir haben viele vertrauliche Akten, es gibt Bürotische, die wir nicht abschliessen können weil sie defekt sind. Zudem stehen in unseren Büros 13-jährige durchgesessene Bürostühle. Es scheint mir wichtig, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern richtige Sitzgelegenheiten anzubieten, um nicht Gesundheitsschäden zu fördern. Ich bitte den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der FIKO mit 44 Ja, 19 Nein bei 4 Enthaltungen zu.

Ausbildung Personal Sanitätspolizei
Seite 34, Konto 240.3090.00, Kürzung um Fr. 40 000.00 (Antrag FIKO)

Ruth Rauch (SP) bemerkt, dass es sich hier um eine Steigerung gegenüber der Rechnung 98 um Fr. 80 000.00 handelt. Die FIKO findet auch hier eine ungenügende Begründung und beantragt mit 5 : 4 Stimmen diese Kürzung.

Der Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen*: Bei diesem Posten handelt es sich um die Aus- und Weiterbildung der Sanitätspolizei. Das Personal der Sanitätspolizei hat im letzten Jahr ausserordentliche Anstrengungen unternommen und sich auch in der Freizeit weitergebildet. Dadurch haben sie das IVR-Diplom erhalten. Wir wissen nicht, was mit der Sanitätspolizei in der ganzen Angelegenheit der Spitalversorgung passiert. Es wird wahrscheinlich dazu führen, dass der Kanton einen Leistungsauftrag ausschreiben wird. Ich will mit der Sanitätspolizei Bern konkurrenzfähig bleiben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Leistungsauftrag überführen. Ich kann es mir nicht leisten, die Weiterbildung zu stoppen. Wenn ich die Weiterbildung nicht mehr fördere, erhalte ich die Betriebsbewilligung des Kantons nicht, dann stehen sämtliche Arbeitsplätze auf dem Spiel. Wir treten mit der Sanitätspolizei irgend einmal in einen Wettbewerb. Wir haben die Grundlagen geschaffen, 70% des Personals haben den IVR-Status, was uns die Betriebsbewilligung ermöglichen kann. Ich hoffe, dass die Anwesenden dem Kürzungsantrag der FIKO nicht zustimmen werden.

Peter Stucki (EVP) macht dem Rat beliebt, diese Streichung nicht durchzusetzen, weil dieser direkten Einfluss aufs Personal hat. Mitarbeiter der Sanitätspolizei, welche zum Teil 20 Jahre dort arbeiten, müssen eine Prüfung ablegen, damit sie den gleichen Lohn erhalten oder in eine höhere Lohnstufe aufsteigen können. Sie stehen nebst ihrer anspruchsvollen Arbeit unter einem massiven Druck, die Weiterbildung zu machen um nicht Hilfssanitäter oder was auch immer zu werden.

Beschluss

Der Rat lehnt den Streichungsantrag mit 30 Nein, 13 Ja bei 21 Enthaltungen ab.

Anschaffung von Mobilien ZS/QA

Seite 34, Konto 260.3110.00, Kürzung um Fr. 50 000.00 (Antrag FIKO)

Ruth Rauch (SP): Dieser Budgetposten wird munter weiter erhöht, obschon ein genereller Abbau beim Zivilschutz stattfindet, gerade auch beim Personal. Dies ist der Grund, dass von der Delegation eine Kürzung um Fr. 50 000.00 beantragt wurde, diese wurde in der FIKO mit 5 : 4 Stimmen gutgeheissen.

Der Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* meldet sich zu diesem Antrag der FIKO wie folgt: Hier hat es keinen Zusammenhang mit dem Personal, es handelt sich vor allem um die Belegung der Zivilschutzanlage Riedbach. Im Riedbach werden viel weniger Zivilschutz-Leute untergebracht. Deshalb bemühen wir uns sehr, diesen durch andere Personen zu belegen, damit Einnahmen in die Kasse fliessen. Wir konnten nun eine Rekrutenschule der Kaserne Bern einlogieren und hoffen, dass in den weiteren Jahren auch eine Unteroffiziersschule untergebracht werden kann. Die einquartierten Soldaten nehmen dort das Mittagessen ein und wollen danach einen Kaffee trinken, den wir auch verkaufen. Wir müssten nun eine Kaffeemaschine ersetzen.

Im weiteren hat die Stadt Bern Zivilschutzanlagen, z.B. das Hochfeld, in dem Asylbewerberinnen und Asylbewerber untergebracht sind. Diese Personen verbrauchen Material, das wir wieder ersetzen müssen, seien es Matratzen, Stühle etc. Zudem müssen wir in den Zivilschutzunterkünften Entfeuchtungsanlagen ersetzen, sonst geht das eingelagerte Material kaputt.

Beim Hochwasser vom Mai 99 haben wir festgestellt, dass wir Einsatzmaterial für die Nothilfe ergänzen müssen, damit wir rund um die Uhr die Einsatzkräfte verpflegen können. Es ist vorgesehen, ein paar Kochkisten anzuschaffen. Ich bitte auch hier, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der FIKO mit 47 Ja, 17 Nein bei 3 Enthaltungen zu.

Ruth Rauch (SP) kann sich nicht erinnern, dass dieser Antrag von der FIKO stammt. Sie bittet den Polizeidirektor, diesen selber zu begründen.

Der Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* begründet den Antrag, Konto 260.3650.12 um Fr. 25 000.00 zu erhöhen. Das neue Gesetz über ausserordentliche Lagen schreibt vor, dass jede Gemeinde zugunsten einer Solidaritätsstiftung Einzahlungen machen muss im Höchstbetrag von Fr. 25 000.00. Die Stadt Bern ist die grösste Gemeinde und muss deshalb Fr. 25 000.00 bezahlen. Die Gemeinden, welche von einer Katastrophe heimgesucht wurden, profitieren davon. Wir werden unsere Hochwasser-Katastrophe auch anmelden und hoffen, dass wir einige Hunderttausend Franken aus diesem Fonds erhalten werden.

Beschluss

Der Rat stimmt der Erhöhung des Kontos 260.3650.12 um Fr. 25 000.00 mit 41 Ja, 10 Nein bei 14 Enthaltungen zu.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektion:

Betriebsbeitrag an Freizeittreff für behinderte Menschen DOMINO in der Höhe von Fr. 100 000.00 (Antrag Béatrice Stucki (SP))

Béatrice Stucki (SP): Es ist wahrlich kein leichtfertiger Antrag, den wir hier von der SP-Fraktion stellen. Wir haben vorhin unsere Begründungen zur Budget-Debatte gehört, wir kennen die finanzielle Lage der Stadt Bern sehr wohl. Wir kennen aber auch die wichtige Arbeit und das gute Angebot, welches der Freizeittreff DOMINO, ein Freizeittreffpunkt für geistig behinderte Menschen, bietet. Es ist der einzige Treffpunkt im ganzen Kanton dieser Art. Dieser Treffpunkt muss schliessen, wenn die Stadt nicht mit einem Vorschuss von einem Betriebsbeitrag in der Höhe von Fr. 100 000.00 in die Bresche springt. Die Schliessung des Treffpunkts DOMINO wäre für viele Personen ein grosser Verlust. In erster Linie für die Benutzerinnen und Benutzer, Menschen in jedem Alter, die geistig oder sogar mehrfach behindert sind. Es wäre auch ein Verlust für die Angehörigen der Benutzerinnen und Benutzer, weil hier die Möglichkeit besteht, während ein paar Stunden pro Woche oder pro Monat eine Entlastung zu erhalten. Es wäre ein Verlust für das Personal in Heimen des Kantons Bern, die ebenfalls von einer solchen Entlastung profitieren können. Es gibt immer noch eine ganze Reihe von Fehlplazierungen im Kanton Bern. Viele geistig behinderte, schwer geistig behinderte Menschen werden in Alters- oder Pflegeheimen plazierte. Für diese Personen ist der Besuch des Freizeittreffpunkts DOMINO eine willkommene Abwechslung. Es geht heute darum, einer Minderheit unserer Gesellschaft etwas zu geben, was für uns alle selbstverständlich ist, nämlich ein Club-Lokal, Freizeitlokal, in dem sich Leute mit gleichen Anliegen und gleichen Bedürfnissen treffen. Ein paar zusätzliche Infos: Im DOMINO können Besucherinnen und Besucher in einem geschützten Rahmen gleichwertige partnerschaftliche Beziehungen ausserhalb ihrer Familie oder der Institution in der sie leben pflegen, das bedeutet: Das Aufbauen eines Beziehungsnetzes ohne pädagogische "Käseglocke". Der Freizeittreff DOMINO dient damit dem Normalisierungsprinzip, welches heute in der Betreuung und Begleitung von Menschen mit einer geistigen Behinderung angestrebt wird. Im Treff werden Besucherinnen und Besucher einmal von anderen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen betreut. Dadurch erhalten sie wichtige Anreize. Die Unabhängigkeit, das Loslösen von Fixpersonen aus dem Elternhaus oder Institutionen werden gefördert. Der regelmässige Besuch des Treffpunkts stellt im Lebensrhythmus einen Fixpunkt dar, etwas worauf sie sich schon Tage oder Wochen zum Voraus freuen. Im Freizeittreffpunkt lernen sie auch mit Frust und Ärger umzugehen. Dies tönt banal, ist aber wichtig, wenn man weiss, dass gerade schwer geistig behinderte Menschen mit Aggression und sogar Autoaggression reagieren, wenn etwas nicht läuft wie erwartet. Es wurde mir vorgeworfen, den Treffpunkt zu erhalten, widerspreche dem Grundgedanken der Integration, wofür ich mich auch sehr einsetze. Die Integration von Menschen mit einer geistigen Behinderung, im speziellen Fall mit Mehrfachbe-

hinderung, muss aber differenziert betrachtet werden. Hier geht es nicht nur darum, mit ein paar technischen Hilfsmitteln den Zugang zu einem Gebäude oder die Benützung eines Lokals zu ermöglichen. Mehrfach behinderte Menschen sind meistens extrem sensibel und spüren Stimmungen aus ihrer Umgebung 1 zu 1. Sie spüren Akzeptanz, aber eben auch Ablehnung. Gerade auf das zuletzt Genannte, können sie manchmal ängstlich, manchmal aggressiv reagieren und das wird von der sogenannt nicht behinderten Umgebung schlecht aufgenommen. Sie brauchen einen Freiraum, in dem sie unter sich sein können. Wir müssen auch noch etwas anderes betrachten. Die Trägerschaft vom DOMINO, die Benützerinnen, Benützer und ihre Angehörigen, wie auch die Mitarbeiterinnen unternehmen grosse Anstrengungen um Mittel zu beschaffen, Geldspenden, wie auch Zeitspenden. Das wird sich auch mit einem Betriebsbeitrag der Stadt nicht ändern, dieser reicht nämlich immer noch nicht aus, um die Betriebskosten voll zu decken. Nicht zuletzt geht es auch noch um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Der Freizeittreffpunkt DOMINO ist kein "Nice to have". Es ist ein absolut wichtiges "Need to have". Ich bitte den Rat, ein Zeichen für die Leute zu setzen, die diesen Freizeittreffpunkt benützen, über den eigenen Schatten zu springen und diesem Antrag zuzustimmen.

Peter Bühler (SD): Es wurde bereits alles dazu gesagt. Ich bitte die Anwesenden, nicht wie der Kanton zu reagieren und die ganze Sache zu streichen. Wir wollen hier den Schwächsten der Schwachen helfen und Unterstützung geben.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Dem Votum von Béatrice Stucki ist an sich nichts mehr beizufügen, ich teile ihre Beurteilung, was dieser Treffpunkt DOMINO bedeutet. Er ist gut und unterstützenswert. Ich denke, dass ein solcher Treffpunkt eine integrative Wirkung hat, bis hierhin sind wir uns einig. Die gesamte Arbeit mit Behinderten ist ganz klar eine kantonale Aufgabe. Betax, welches früher bei der Stadt Bern gewesen ist, hat zum Kanton gewechselt. Ich weiss, dass alles bestens funktioniert und damit der Behindertentransport nach wie vor gut abgedeckt ist, nicht nur in der Stadt Bern, sondern auch in der Region. Die Aufgabe den Treff zu finanzieren ist auch eine kantonale Aufgabe, deshalb bitte ich die Anwesenden trotz der guten Sache, diesen Antrag abzulehnen. Wir dürfen nicht die Aufgaben des Kantons übernehmen, sonst hängt er uns innert kürzester Zeit auch noch andere Aufgaben an. Ich habe bisher den Treffpunkt DOMINO nicht im Stich gelassen. Wir haben bereits einmal aus dem Fonds Geld gegeben und haben ein zweites Mal Fr. 50 000.00 gesprochen, damit dieser weiter existieren kann. Es darf nicht sein, dass wir in die Lücke springen, wenn sich der Kanton aus der Affäre ziehen will. Ich werde noch einmal mit dem Kanton das Gespräch aufnehmen und werde diesen dringend bitten, den relativ bescheidenen Betrag in das kantonale Budget aufzunehmen. Ich werde ebenfalls mit dem Schweizerischen Roten Kreuz Kontakt aufnehmen mit der Bitte den Treff finanziell mitzuunterstützen.

Doris Schneider (GB): Ich kann den Worten der Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin nicht zustimmen. Ich finde es falsch, dass wir den Ball nun dem Kanton zuschieben, denn wir wissen, dass dieser den Beitrag für behinderte Menschen gestrichen hat. Eine Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit behinderten Menschen umgeht. Wenn diese Stadt, mit einer RGM-Mehrheit nicht fähig ist, diesem Beitrag zuzustimmen, verstehe ich die Welt nicht mehr. Der Treffpunkt DOMINO ist eine Insel für die behinderten Menschen, sie können dort in ihrem eigenen Raum ihre Selbständigkeit ausleben. Es ist im Moment nicht der Zeitpunkt, dass wir städtische Projekte streichen, die der Kanton auch nicht übernehmen wird. Ich habe vorhin der Streichung der vorgesehenen 16 neuen Stellen bei der Polizei zugestimmt, weil ich ganz genau gewusst habe, hier spart man nicht, dafür an einem anderen Ort. Es geht um eine grundsätzliche Umverteilung und Stellung, wie wir miteinander umgehen.

Béatrice Stucki (SP) hat noch einen wichtigen Aspekt vergessen: Zuerst danke ich der Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin, dass sie sich für dieses Projekt einsetzen wird. Das Projekt ist von der Anlage her für den Lastenausgleich berechtigt. Damit wird ein grosser Teil des Geldes, das hier heute fürs städtische Budget gesprochen wird, wieder in die Stadtkasse zurückfliessen.

Beschluss

- er erfolgt unter Namensnennung –

Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 36 Ja, 10 Nein bei 21 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Peter Bühler, Marie-Louise Durrer, Hans Ulrich Gränicher, Ruedi Hofer, Alfred, Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, Andreas Zysset.

Mit Nein stimmten:

Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Heinz Rub, Erich Ryter, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Enthaltungen:

Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Michael Burri, Walter Christen, Marcel Fankhauser, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Andreas Krummen, Peter Linder, Mario Marti, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ueli Stüchelberger, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter.

Spitex

Seite 49, Konto 370.3652.01, Erhöhung um Fr. 262 800.00 (Antrag FIKO/GR)

Seite 49, Konto 370.3652.02, Kürzung um Fr. 390 000.00 (Antrag FIKO/GR)

SAB

Seite 49, Konto 370.3653.01, Kürzung um Fr. 945 500.00 (Antrag FIKO/GR)

Seite 49, Konto 370.3653.02, Erhöhung um Fr. 945 500.00 (Antrag FIKO/GR)

Ruth Rauch (SP) begründet alle vorliegende Anträge der FIKO. Es wird auch in der FIKO immer wieder diskutiert, was ist "Nice to have" und was ist notwendig.

Zum Spitex: Mit der Spitex Bern wurde während den Budget-Debatten ein Leistungsvertrag ausgearbeitet. In der Zwischenzeit sind die Verhandlungen betreffend den Leistungsvertrag weiter gediehen. Die FIKO beantragt, die als Spielraum budgetierten Fr. 390 000.00 zu streichen und den definitiven Betrag von Fr. 262 800.00 ins Budget aufzunehmen.

Beim SAB ist es die gleiche Ausgangslage. Das Budget wurde innerhalb der Vertragsverhandlungen erstellt, das definitive Budget SAB liegt nun vor. Es liegt eigentlich ein Null-Summenspiel vor, welches die FIKO ebenfalls einstimmig unterstützt.

Beschluss

Die Anträge der FIKO/GR zu Spitex und SAB sind nicht bestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Verein für ein Frauengesundheitszentrum: Aufhebung der durch den Gemeinderat vorgesehenen Kürzung

Seite 49, Konto 370.3652.21, Erhöhung um Fr. 22 110 (Antrag Kropf (JA!))

Die FIKO-Präsidentin *Ruth Rauch* (SP): Die FIKO hat eingehend über den Betrag für das Frauengesundheitszentrum (FGZ) diskutiert. Der gestrichene Betrag von etwas mehr als Fr. 20 000.00 wurde in der FIKO beanstandet. Die Begründung der Fürsorge- und Gesund-

heitsdirektorin lautete, der Betrag werde gestrichen, weil das FGZ nicht oder nur zögerlich bereit sei, einen Leistungsvertrag einzugehen. In der FIKO herrschte ein ambivalentes Gefühl, schliesslich wurde der Antrag um Erhöhung von Fr. 20 000.00 nicht gemacht, aber die Tendenz in der FIKO war, dass es ungünstig sei, einen Betrag herabzusetzen, bevor man Leistungsvertragsverhandlungen abhält. In der Zwischenzeit hat sich die Situation geklärt, das FGZ ist selbstverständlich bereit, die Verhandlungen aufzunehmen.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Wir sind der Meinung und wissen es auch, dass sehr viele Frauen, welche sehr wohl einen höheren Beitrag bezahlen könnten, das FGZ benützen. Es sind beileibe nicht nur minderbemittelte Frauen dort, es hat etliche, welche vor allem das spezielle Angebot der sanften Medizin und der Alternativmedizin schätzen. Viele Frauen aus dem Kanton und nicht nur der Stadt Bern besuchen das FGZ. Wir sind der Meinung, dass wir für Nicht-Stadtbernerinnen einen höheren Betrag verlangen können. Weitere Einsparungen verspricht sich das FGZ durch die neuangeschaffte Computer-Software, welche ihnen den administrativen Bereich erleichtert. Die Einsparung, welche wir hier vorschlagen, wurde mit dem FGZ abgesprochen. Der Brief liegt vor und kann eingesehen werden. Ich bitte den Rat, uns zu unterstützen, damit wir einen Leistungsvertrag ausarbeiten können. Darin soll festgehalten werden, dass auch Ausländer-Frauen betreut werden.

Blaise Kropf (JA!): Ich will einige Bemerkungen zu meinem Antrag abgeben. Zum Einstieg eine kleine, wie mir aber scheint, aussagekräftige Episode. Frau Begert hat gesagt, das Beispiel FGZ zeige auf, dass die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion durchaus nicht den Anspruch stelle, dass bei ihrer Direktion nicht gespart werden solle. In der Tat kann ich dieser Begründung in einem gewissen Gesichtspunkt zustimmen. Eine solch unsinnige Kürzung kann einzig und alleine einem solchen Zweck dienen. Eine stichfeste, inhaltlich fundierte Begründung steckt nicht dahinter. Aus Sicht der Stadt Bern geht es mit der Einsparung von Fr. 22 000.00 um einen lächerlichen Betrag, mit anderen Worten um Peanuts. Aus Sicht des FGZ sind die Fr. 22 000.00 alles andere als Peanuts, vielmehr ein zentraler Beitrag, ein lebenswichtiger Beitrag, dessen Fehlen die Weiterexistenz dieser Institution in der jetzigen Form in Frage stellt und bedroht. Wenn bei einer sozialpolitisch wie auch frauenpolitisch wichtigen Institution wie dem FGZ gespart werden soll, dann müssen zahlreiche triftige Gründe dafür vorliegen. In diesem Fall sind die Voraussetzungen in keiner Art und Weise erfüllt. Ganz im Gegenteil, mehr oder weniger alle vom Gemeinderat vorgebrachten Argumente dieser Kürzung haben eine Gemeinsamkeit, sie sind nicht zutreffend. Ein paar Beispiele: Der Zweck des FGZ sei, sich um ausländische Frauen, schwächere Mitglieder unserer Gesellschaft zu kümmern. Das FGZ wurde mit der Zielsetzung gegründet, ein ausschliesslich von Frauen geführtes Gesundheitszentrum bereitzustellen. Der Mangel an Gynäkologinnen war der Grund für die Gründung des FGZ. Wenn man heute das Gefühl hat, das FGZ solle sich vermehrt um ausländische, sozial schwächer gestellte Mitglieder unserer Gesellschaft kümmern, dann kann man diesen Vorschlag mit gutem Recht in den Raum stellen und mit den entsprechenden Stellen diskutieren. Dabei kann man aber feststellen, dass seitens des FGZ die Bereitschaft durchaus vorhanden ist, in dieser Richtung tätig zu werden. Was jedoch nicht angeht ist der implizite Vorwurf, das FGZ halte sich nicht an seine Zielsetzungen, um damit eine unangebrachte Sparmassnahme zu legitimieren. Falls die Stadt heute wünscht, dass sich das FGZ vermehrt um sozial schwächer gestellte Frauen kümmert, dann muss die Stadt auch bereit sein, die Zielgruppe, die Institution, auf das Angebot aufmerksam zu machen. Ein weiterer Punkt lautet, mit der Subventionskürzung wolle man Druck auf das FGZ ausüben, damit das FGZ einem Leistungsvertrag zustimmen werde. Jetzt erwarten wir eigentlich, dass sich das FGZ gegen einen solchen Vorwurf wehrt, doch welche Überraschung, auch dies ist nicht der Fall. Das FGZ hat sich, ganz im Gegenteil, um einen Leistungsvertrag bemüht und wurde von der Verwaltung auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Dass nun das Fehlen eines Leistungsvertrags dem FGZ angekreidet wird, ist in der Tat schon fast zynisch. Last but not least, im März dieses Jahres sind die Frauen des FGZ mit den Verantwortlichen des Fürsorgeamts zusammen gekommen. Damals hat man dem FGZ angedroht, dass die städtischen Subventionen in den kommenden Jahren in mehreren Tranchen ganz gestrichen werden sollen. Bis Mitte letzter Woche ist dieser Drohung

nichts hinzugefügt worden, weder in positiver noch in negativer Hinsicht. In der BZ konnte man letzte Woche lesen, dass ab dem Jahr 2001 die Beiträge ganz gestrichen werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist die vom Gemeinderat vorgeschlagene Kürzung für mich ganz besonders unakzeptabel, ja verwerflich. Wenn der Gemeinderat der Meinung ist, dass es das FGZ nicht mehr braucht, dann soll er es sagen, den Stadtrat offen darüber informieren. Ein Schritt-für-Schritt-Abbau kommt für mich aber nicht in Frage. Ich denke es zeugt auch von wenig politischer Kultur. Von diesem Hintergrund ist ganz klar festzuhalten, wer der Kürzung dieser Fr. 22 000.00 heute zustimmt, stimmt im Endeffekt faktisch dem Ende des FGZ zu. Die Geschichte mit der Software, welche Frau Begert erwähnt hat, stimmt ebenfalls nicht. Die Software wurde noch nicht angeschafft, der Beitrag ist bis jetzt auch noch nicht bewilligt. Es hat bis jetzt zu den Vorzügen von RGM gehört, dass solch unsinnige, unsolidarische Sparübungen bei sinnvollen Projekten wie beim FGZ verhindert worden sind. Angesichts dessen, bitte ich die Anwesenden, heute Abend ein klares Bekenntnis für eine soziale, für eine frauenfreundliche Stadt Bern abzugeben und meinem Antrag zuzustimmen.

Thomas Fuchs (JSVP): Eine frauenfreundliche Stadt Bern hängt nicht von einem FGZ ab. Wenn man hier von wenig politischer Kultur und von unsolidarisch und verwerflich spricht, ist eine solche Polemik aus meiner Sicht fehl am Platz. Wenn man gleichzeitig sagt, dieser Betrag seien nur Peanuts, dann bitte Blaise Kropf, übernehm doch den Betrag selber. Das FGZ ist eindeutig keine städtische Aufgabe mehr. Heute gibt es mehr Frauenärztinnen als dazumal und es gibt ein Ambulatorium im Frauenspital. Uns liegt ein Brief vom 9.9.99 vor, in dem das FGZ schreibt, wie sie den Betrag selber einsparen wollen. Wenn der Empfänger des Geldes mit der Kürzung einverstanden ist und wir das Geld gleichwohl sprechen, dann ist es an der Zeit, dass uns der Kanton Mittel streicht, wenn wir sie freiwillig ausgeben.

Beschluss

- er erfolgt unter Namensnennung-

Der Rat lehnt den Antrag von Blaise Kropf (JA!) mit 31 Nein, 30 Ja bei 4 Enthaltungen ab.

Mit Nein stimmten:

Sven Baumann, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Peter Bühler, Michael Burri, Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Mario Marti, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Irène Marti Anliker, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset.

Enthaltungen:

Walter Christen, Heinz Junker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim.

Gemeindeanteil Krankenkassen-Subventionen

Seite 51, Konto 392.3610.20, Erhöhung um Fr. 850 000.00 (Antrag FIKO/GR)

Beschluss

Der Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Eigentlich gibt es diesem Antrag nichts mehr beizufügen. Es handelt sich um einen vom Kanton bestimmten Gemeindebeitrag. Dazu können wir leider Gottes nichts sagen, wir müssen diesen Betrag ins Budget aufnehmen, sonst muss ich einen Nachkredit in gleicher Höhe unterbreiten.

Beschluss

Der Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Schuldirektion:

Übriger Sachaufwand	
Seite 53, Konto 400.3199.00, Kürzung um	Fr. 1 000.00 (Antrag FIKO)
Übriger Sachaufwand	
Seite 56, Konto 410.3199.00, Kürzung um	Fr. 1 000.00 (Antrag FIKO)
Übriger Sachaufwand	
Seite 60, Konto 414.3199.00, Kürzung um	Fr. 300.00 (Antrag FIKO)
Versicherungsprämien	
Seite 66, Konto 449.3186.00, Kürzung um	Fr. 10 000.00 (Antrag FIKO)
Aus- und Weiterbildung Personal	
Seite 68, Konto 461.3090.00, Kürzung um	Fr. 2 000.00 (Antrag FIKO)
Büromaterial, Drucksachen, Inserate	
Seite 68, Konto 461.3100.00, Kürzung um	Fr. 2 000.00 (Antrag FIKO)
Fachliteratur	
Seite 68, Konto 461.3104.00, Kürzung um	Fr. 39 000.00 (Antrag FIKO)
Telefon- und Telefaxgebühren	
Seite 68, Konto 461.3184.00, Kürzung um	Fr. 1 500.00 (Antrag FIKO)
Anschaffung von Mobilien, Maschinen	
Seite 71, Konto 463.3110.00, Kürzung um	Fr. 15 000.00 (Antrag FIKO)
Telefon- und Telefaxgebühren	
Seite 71, Konto 463.3184.00, Kürzung um	Fr. 2 000.00 (Antrag FIKO)
Anschaffung von Schulmobiliar	
Seite 71, Konto 465.3114.00, Kürzung um	Fr. 54 550.00 (Antrag FIKO)
Kantonsbeiträge (vgl. 465.00.3114.00)	
Seite 71, Konto 465.4610.00, Kürzung um	Fr. 24 550.00 (Antrag FIKO)
Gemeindebeiträge (vgl. 465.00.3114.00)	
Seite 71, Konto 465.4620.00, Kürzung um	Fr. 12 600.00 (Antrag FIKO)
Wohnsitzgemeinde- und Standortbeitrag (vgl. 465.00.3114.00)	
Seite 71, Konto 465.4900.00, Kürzung um	Fr. 17 400.00 (Antrag FIKO)
Wohnsitzgemeinde- und Standortbeitrag (vgl. 465.00.3114.00)	
Seite 71, Konto 469.3904.65, Kürzung um	Fr. 17 400.00 (Antrag FIKO)
Versicherungsprämien Haudienst	
Seite 75, Konto 466.3186.00, Kürzung um	Fr. 100.00 (Antrag FIKO)

Die Schuldirektorin *Claudia Omar*: Ich bin mit allen gestellten Anträgen einverstanden. Bei den Berufsschulen konnten wir mit dem Einverständnis von ihnen und dem Kanton gewisse Kredite auf mehrere Jahre ausdehnen. Wir realisieren nicht alles jetzt, sondern im nächsten und übernächsten Jahr. Dies ist dadurch möglich, da wir nun die Sicherheit haben, dass wir ganz sicher die Berufsschulen nicht sofort kantonalisieren können.

Beschluss

Die Anträge sind unbestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Antrag der FDP-Fraktion:

Die ab 1.1.2000 gesetzlich nicht mehr geschuldeten städtischen Standortbeiträge bzw. Trägerschaftsleistungen an die Fachhochschulen sind aus dem Budget zu streichen.

Adrian Haas (FDP) will von der Schuldirektorin darüber Auskünfte. Es handelt sich hier um Standortbeiträge und Beiträge an Trägerschaftskosten für Studiengänge für Konservierung und Restaurierung sowie für die Hochschulen für Musik und Theater. Insgesamt handelt es sich um 2 – 2,5 Mio. Franken. Wir sind der Auffassung, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt, dass die Stadt diese Kosten übernehmen muss.

Die Schuldirektorin *Claudia Omar* versucht, den Rat darüber aufzuklären. Die Geschichte der Fachhochschulen ist sehr schwierig zu erklären. Für gewisse Studiengänge, welche schon mehrere Jahre bestehen, wurden mit dem Kanton Verträge ausgehandelt, die nun ausgeführt sind. Wir haben mit dem Kanton immer kommuniziert und vereinbart, dass ab 1999 der Kanton bezahlt, weil auf diesen Zeitpunkt die Fachhochschulen kantonalisiert würden. Der Kanton hat sich lange nicht mehr gemeldet. Kurz vor dem neuen Schuljahr haben wir Schreiben erhalten, in denen uns mitgeteilt wurde, der Betrag werde nicht im Budget aufgenommen, die Kantonalisierung könne noch nicht durchgeführt werden, er bitte die Stadt, den Betrag ins städtische Budget aufzunehmen. Mittlerweile wissen wir auch, dass der Weg betr. die ganze Geschichte mit dem Konservatorium, welches eine Fachhochschule hätte werden sollen, in die gleichen Bahnen führt. Das Konservatorium ist noch immer eine Stiftung, an der wir massgeblich beteiligt sind. Auch dort hat der Kanton mit der Zeit gespielt und uns kurz vor den Sommerferien einen Brief geschickt, indem er uns mitteilte, wenn wir am Konsi keine Fachhochschule installieren wollen, bleibe es weiterhin ein Konsi und dafür bezahlen wir. Daraufhin sind wir von verschiedenen Seiten wahnsinnig unter Druck gekommen. Im weiteren haben wir wieder mit dem Kanton Gespräche geführt und verhandelt. Dabei konnten wir rund eine halbe Million Franken aushandeln, den Rest mussten wir ins Budget aufnehmen. Wir haben dem Kanton nun mitgeteilt, dass dies absolut die letzte Tranche sei. Wir machen dies aus Interesse der Stadt an den Fachhochschulgängen. Die Situation hat sich im Moment noch nicht geändert, wir sind noch immer Träger, die Schulen wurden noch nicht kantonalisiert. Die Stiftung besteht noch immer, obschon seit Monaten versucht wird, die Fachhochschulen aus der Stiftung auszulösen. Auch hier ist der Kanton zu mächtig. Wir müssen alles probieren, dass wir garantiert ab dem Jahr 2001 nicht mehr bezahlen müssen. Es ist auf der ganzen Linie paradox, weil eine Fachhochschule noch nie eine Gemeindeaufgabe gewesen ist und nie sein wird. Die Konstellation ist, dass wir bei weiteren Verhandlungen mit dem Kanton drohen werden. Wir brauchen einen politischen Druck, bis alles so geregelt ist, wie von Anfang an vorgesehen.

Adrian Haas (FDP) dankt für die Ausführung und zieht den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Ertrag aus dem Verkauf der Gymnasiumsliegenschaften von 44,2 Mio. Franken ist – wie es das Gemeindegesetz verlangt – vollumfänglich dem Abbau der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge gutzuschreiben (und das Budget entsprechend anzupassen).

Adrian Haas (FDP): Die Anwesenden wissen alle, wenn wir so weiterfahren, dass wir in Zukunft ein Defizit zwischen 40 - 60 Mio. Franken ausweisen werden und dass Strukturveränderungen absolut notwendig sind. Artikel 73 des Gemeindegesetzes verlangt, dass der Voranschlag grundsätzlich ausgeglichen sein sollte. Es gilt das gleiche Prinzip wie im Restaurant, was bestellt wird, muss auch bezahlt werden. Ein Aufwandüberschuss kann nur dann budgetiert werden, wenn er durch Eigenkapital gedeckt ist, d.h. wenn die Gemeinde durch neue Ertragsüberschüsse Eigenkapital anhäuft oder wenn der Gemeinderat im Finanzplan ausweist, wie dieser Fehlbetrag auszugleichen ist. Beides ist vorliegend nicht erfüllt. Ich verweise auf Artikel 74 des Gemeindegesetzes. Ertragsüberschüsse haben wir seit Jahren nicht mehr gesehen und der Finanzplan ist, wie wir es letzten Donnerstag klar dargelegt haben, auf Sand gebaut. Weil man weiss, dass die Vorgaben des Gemeindegesetzes durch ein erneutes Defizit verletzt würden, versucht die Finanzdirektion nun mit dem Trick der Buchge-

winne, das Defizit wegzubringen. Dabei wird das Gemeindegesetz noch einmal verletzt. Es darf nicht sein, dass wir Vermögenswerte verhökern und damit das Substrat zur Tilgung von altrechtlichen Schulden aufbrauchen, um neue Defizite zu verstecken. Wenn wir diese erneut ausweisen würden, müsste dies gemäss Artikel 75 des neuen Gemeindegesetzes zu Sanierungsmassnahmen führen. Falls der Rat einer solchen unzulässigen Vorgehensweise zustimmen wird, behalten wir uns hier ausdrücklich vor, uns mit einer Gemeindebeschwerde dagegen zur Wehr zu setzen. Auch der Kanton fordert im Übrigen zu Recht, dass Buchgewinne zur Abtragung von altrechtlichen Defiziten verwendet werden müssen.

Edith Olibet (SP): Die SP-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist interessant, wie uns Adrian Haas die Forderungen des Kantons so blumig darstellt und wir genau wissen, wie der Kanton 1998 zu schwarzen Zahlen gekommen ist. Das Schreiben von schwarzen Zahlen ist mit der Verhökung von Wertpapieren usw. erfolgt. Wenn wir im Gemeindegesetz nachschauen, steht nichts explizit über Gesetzeswidrigkeit, dies ist eine Frage der Interpretation. Wer aber sicher gesetzeswidrig handelt, ist der Kanton, wenn er z.B. die Schulsportstunden streicht, die aufgrund eidgenössischer Gesetzgebung Pflicht wären. Der Kanton foutiert sich selber bei seiner Defizitabtragung, bei seinem Bilanzfehlbetrag, um Vorgaben, die er grossspurig der Stadt Bern macht. Wir lehnen den Antrag klar ab.

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch:* Wir haben das letzte Mal bereits darüber gesprochen, es ist nicht notwendig hier noch einmal ausführlich darauf einzugehen. Ich will noch einmal sachlich darstellen, was für die Entscheidung wichtig ist. Wir haben die Situation, dass wir altrechtlich aufgelaufene Defizite ausweisen. Ich habe vorhin den Artikel in der NZZ über Zürich zitiert. Die Stadt Zürich hat 1,49 Milliarden Franken aufgelaufene Schulden. Auch sie versucht, einen gütlichen Weg zu finden. Wir haben das neue Gemeindegesetz, welches umgesetzt werden muss, aber es steht nirgends genau im Gesetz, wie es gemacht werden muss und darüber hat man auch noch keine Erfahrung. Im Gesetz ist nur vermerkt, dass dies in einem partnerschaftlichen Verhältnis gemacht werden muss. Wir haben transparent dargelegt, dass wir 8 Jahre Zeit haben, um die neurechtlichen Defizite abzubauen. Wir haben dieses Jahr bereits 60 Mio. Franken dafür budgetiert, vielleicht werden es 50 Mio. Franken. Es ist unsere politische Überlegung, die wir hier zur Diskussion stellen. Es ist dringend notwendig, dass wir die neurechtlichen Defizite nicht auflaufen lassen, wenn diese einen Drittel des Steuerertrags erreicht haben, das sind ca. 150 Mio. Franken, oder wenn wir 3 Jahre nacheinander ein Defizit schreiben, dann wird der Kanton eingreifen. Eine vernünftige Politik ist, zu versuchen, schnellstmöglich keine neurechtlichen Defizite mehr zu machen und hier einmal zu beweisen, dass wir dazu in der Lage sind. Ihr könnt euch sicher vorstellen, in welchem Würgegriff wir uns befinden. Wir haben die Strategie, dass wir keine neurechtlichen Defizite mehr wollen, dies ist eine beachtliche Leistung. Ich hoffe, dass wir mit der Portfolioanalyse auch noch etwas mehr sparen können. In diesem Sinne machen wir euch nichts vor. Die altrechtlichen Lasten werden wir selbstverständlich abbauen, dort brauchen wir ein Entgegenkommen, wir brauchen eine Solidarität. Was nützt es, wenn wir jetzt einen Drittel von neurechtlichen Defiziten erreichen und dann der Kanton einschreitet? Der Kanton wird einfach die Steuern erhöhen und uns noch ein paar Massnahmen mehr zum Sparen beliebt machen. Bei 80 - 85% gebundenen Ausgaben kann der Kanton auch keine Wunder bewirken. In der Berichterstattung der letzten Donnerstag-Debatte stand, dass auch die Stadt Biel rote Zahlen ausweist. Die Stadt Biel hat übrigens eine relativ hohe Steueranlage. Es wurden Rückstellungen aus Buchgewinnen gemacht, damit werden die befürchteten Defizite abgezahlt. Ich bitte die Anwesenden, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Adrian Haas (FDP): Es ist keine beachtliche Leistung, wenn man die neurechtlichen Defizite mit dem Verkauf von Liegenschaften, oder wie beabsichtigt, mit dem Fusionsgewinn von GWB/EWB, weg bringt. Eine Leistung wäre, wenn wir echt dahinter stehen würden, um die Finanzen der Stadt Bern zu sanieren. Es kann nicht der Sinn des neuen kantonalen Gesetzes sein, dass wir Sanierungsmassnahmen machen müssen, wenn die neurechtlichen Defizite einen Drittel des Steuerertrags ausmachen. Die Gemeinden können mit dem Verkauf der Liegenschaften die Defizite verschwinden lassen und die vorgesehenen Sanierungsmassnahmen im Gesetz einfach umgehen. Noch ein Wort zur Finanzlage der Stadt Biel. Ich habe

nich selbstverständlich informiert, in Biel werden die altrechtlichen Bilanzfehlbeträge abgetragen, dies nur noch zur Ergänzung.

Peter Sigerist (GB): Es ist müssig, wenn die FIKO-Mitglieder einer Fraktion in der Finanzdebatte im Rat das Wort nicht ergreifen, hingegen sich anstellen, als hätten sie keine Informationen aus den FIKO-Diskussionen. In den Protokollen können wir nachlesen, dass die Finanzdirektorin und der Stadtpräsident bekannt gegeben haben, wie schwierig es gewesen sei, die Liegenschaften der Gymnasien zu verkaufen. Der Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaften ist eine politische Leistung, ein politischer Leistungsausweis des Gemeinderats. Es gibt sicher Ratsmitglieder, welche sagen, der Ertrag hätte noch höher ausfallen können.

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Ich mache noch ein paar Bemerkungen zum richtigen Sparen. Das Problem für uns ist, dass wir mit dem Finanzausgleich früher gerechnet haben. Es wurde vorhin die Äusserung gemacht, der Kanton sage, man solle bezahlen, was man bestelle. Dies ist ein weiteres Problem, dass die Umgebung bei uns viel mehr bestellt als bezahlt. Wir erhalten den Finanzausgleich erst im Jahr 2002. Im weiteren kommt die Steuer-gesetzrevision hinzu, die uns auch etwas kostet. Wir brauchen einfach Zeit, wir beginnen nicht erst heute mit dem Sparen. Wir brauchen eine gerechtere Punkteverteilung des öffentlichen Verkehrs, vielleicht auch eine gerechtere Verteilung der Kosten der Kulturinstitute. Es ist eine grosse Illusion zu glauben, wir könnten die 50 Mio. Franken, welche uns fehlen, selber sparen.

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 41 Nein, 29 Ja bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Stephan Hügli (FDP): Ein Antrag ist in der Auflistung verloren gegangen, es handelt sich um das Konto Gemeinden Behörden, Konto 020.3100 Büromaterial und Drucksachen. Wir haben in der FIKO beschlossen, gegen eine gewisse Gegenwehr, dass wir darauf verzichten wollen, die Rechnung und das Budget in einer gedruckten Form vor uns zu haben. Wir begnügen uns mit Kopien. Damit können wir Fr. 3 500.00 einsparen. Es ist zwar gegen das Gewerbe, eine Druckerei muss auf den Auftrag verzichten. Diese Einsparung ist ein kleiner Sparbeitrag.

Beschluss

Diesem Antrag stimmt der Rat mit 52 Ja, 7 Nein bei 5 Enthaltungen zu.

Planungs- und Baudirektion: Honorarkredit

Seite 82, Konto 510.3180.00, Kürzung um Fr. 25 000.00 (Antrag FIKO)

Ruth Rauch (SP) spricht für die FIKO: Zur Planungs- und Baudirektion ist einführend zu sagen, dass das Budget 2000 mit dem Voranschlag 99 ziemlich übereinstimmt. Es gibt ein Zitat von Adrian Guggisberg, welches er während der Diskussion in der FIKO angebracht hat. Es sei der tiefste Voranschlag der PBD seit 1993. Ein Diskussionspunkt in der FIKO war die Redimensionierung des Vermessungsamts. Das Vermessungsamt wird von 35 auf 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgebaut und die Frage ist aufgetaucht, ob bei diesem Amt nicht noch weiter redimensioniert werden könnte. Dies wurde vom Gemeinderat mit der Begründung dementiert, dass immer wieder neue Aufgaben fürs Vermessungsamt dazu kommen. Es erfolgte somit kein Antrag.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr, ein Beschluss des Stadtrats, diese Stelle haben wir im Budget nirgends gefunden. Die Begründung lautete, in der Verkehrsplanung finde eine Reorganisation statt, deshalb sei dies im Budget im Moment nicht ersichtlich. Diese Auskünfte haben der FIKO ausgereicht, um auch dazu keinen Antrag zu stellen.

Der vorliegende Antrag zur Reduktion der Honorarkredite wird damit begründet, dass die Ausgaben für Honorarkredite in der Regel den Investitionskrediten direkt belastet werden. Diesem Antrag wurde in der FIKO einstimmig zugestimmt.

Der Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Ich möchte hiermit beliebt machen, dass der Rat auf diesen Kürzungsantrag aus folgenden Gründen verzichtet. Es wurde der gleiche Betrag wie im Voranschlag 99 budgetiert und ich weiss, dass wir auf den Betrag von Fr. 75 000.00 für Planungsarbeiten angewiesen sind, weil immer mehr Zusatzabklärungen, Ergänzungsstudien zu Planungen etc. gemacht werden müssen, die man nicht direkt dem jeweiligen Projekt zuordnen kann. Ich bin darauf angewiesen, dass ich diesen Betrag zur Verfügung habe.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der FIKO mit 59 Ja, 0 Nein bei 1 Enthaltung zu.

Finanzdirektion:

Passivzinsen mittel- und langfristige Schulden

Seite 93, Konto 610.6.3220.10, Kürzung um Fr. 2 326 400.00 (Antrag FIKO/GR)

Bernische Denkmalpflegestiftung

Seite 93, Konto 610.5.3650.22, Erhöhung um Fr. 2 000.00 (Antrag FIKO/GR)

Zinsen auf Guthaben

Seite 94, Konto 610.6.4210.00, Kürzung um Fr. 257 000.00 (Antrag FIKO/GR)

Ruth Rauch (SP): Bei der Finanzdirektion haben wir die Mehraufwand- und Mehrertragsseite betrachtet. Eine Diskussion hat betr. Prognose in Bezug auf Steuererhöhung resp. Ertragsseite der Steuern stattgefunden. Dazu sind viele Zweifel laut geworden, ob dies wohl realistisch budgetiert worden sei. Der Steuerverwalter hat uns mitgeteilt, dass dies in Absprache mit dem Kanton gemacht worden sei, dass man versucht hat, Wirtschaftsprognosen wie auch Zu- und Wegzüge einzubeziehen und hier eine Sicherheit eingebaut worden sei. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ist klar, dass es hier Fragezeichen gibt. Trotzdem hat die FIKO hierzu keine Anträge gestellt und dies so akzeptiert.

Zu den Anträgen der FIKO: Im Budget ist für die Kapitalbeschaffungsplanung ein Zins von 5,4% vorgesehen. Dieser Zinssatz ist den Mitgliedern der FIKO sauer aufgestossen, weil wir heute auf dem Markt sehr viel billigere Zinse haben. Dazu wurde uns von der Direktion gesagt, die Stadt habe billigere Zinskonditionen erhalten. Dies ist die Begründung zur Budgetverkleinerung dieses Postens.

Kurz noch ein paar Bemerkungen zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, welcher auch zur Finanzdirektion gehört. Hierzu wurde in der FIKO eine Kritik geäussert, dort sei ein Defizit von 10,6 Mio. Franken vorhanden. Man müsse zunehmend immer wieder Geld aus der Spezialfinanzierung nehmen. Von der Finanzdirektorin wurde uns gesagt, dass tatsächlich dringender Bedarf vorhanden sei für die Sanierung der Liegenschaften. Zum Fonds wurde von der FIKO bewusst kein Antrag gestellt. Im Moment sind in diesem Bereich viele Aktivitäten im Gange, die FIKO und GPK erhalten zur Liegenschaftsverwaltung und zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik regelmässig Informationen. Allerdings, da sind wir uns in der FIKO einig, kann hier noch keine Entwarnung gegeben werden.

Heinz Rub (FDP): Ich verstehe nicht viel von Steuerangelegenheiten, doch wenn ich dies betrachte, stösst mir als Bürger folgendes auf: Im Voranschlag 99 haben wir 514 Mio. Franken Steuereinnahmen, wir rechnen im Voranschlag 2000, mit dem erhofften Steuerzehntel, mit weiteren Zunahmen von 20 Mio. Franken. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir die Bemessungslücke in den Jahren 2000 und 2001 haben werden. Meines Erachtens ist es völlig falsch, mit 20 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen fürs Jahr 2000 zu rechnen.

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Der Zinssatz liegt im Moment bei 5,1% und nicht mehr bei 5,4%. Die Steuereinnahmen sind sehr schwierig zu budgetieren. Bei einer kleinen Abweichung ergibt sich schnell eine Differenz von 5 – 6 Mio. Franken. Wir haben bei der Ein-

kommenssteuer mit einer Zunahme von 1%, bei der Vermögenssteuer mit einer Zunahme von 10% gerechnet. Im Vergleich dazu die Zahlen des Kantons: Dieser berechnet 1,4% Zunahme bei der Einkommenssteuer und 13% Zunahme der Vermögenssteuer. Dies zeigt uns klar, dass die Annahmen der städtischen Steuerverwaltung mit denjenigen des Kantons recht gut übereinstimmen. Hochrechnungen sind nicht möglich, weil das ganze Veranlagungsverfahren immer im Fluss ist. Gewisse Bedenken sind immer vorhanden.

Es ist noch unklar, wie die Bemessungslücke gehandhabt wird. Bei der Steuergesetzrevision ist jetzt die zweite Lesung vorbei und es ist auch noch unklar, wann diese wirksam wird. Angesichts der unsicheren Situation haben wir uns sogar Gedanken darüber gemacht, ob wir noch Rückstellungen machen sollten. Wir haben dies nicht gemacht und darüber in der FIKO transparent Auskunft gegeben. Es kann immer wieder vorkommen, dass wir uns täuschen. Bei Steuererträgen von 450 Mio. Franken macht dies sofort einen halben Steuerzehntel aus.

Beschluss

Die Anträge sind unbestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Direktion der Stadtbetriebe:

Interne Verrechnung DSB

Seite 86, Konto 540.10.3907.41, Kürzung um Fr. 814 250.00 (Antrag FIKO/GR)
Anschaffung von Mobilien und Fahrzeugen

Seite 102, Konto 741.4.3110.11, Kürzung um Fr. 378 000.00 (Antrag FIKO/GR)
Interne Verrechnungen

Seite 103, Konto 741.4.4900.25, Kürzung um Fr. 814 250.00 (Antrag FIKO/GR)

Ruth Rauch (SP) spricht für die FIKO: Es war bei keiner Direktion so schwierig wie bei den Stadtbetrieben einen wirklichen Vergleich mit den Vorjahren zu machen, weil auf allen Seiten viele Änderungen stattgefunden haben. Laut Alfred Neukomm wurden bei den Sonderrechnungen Einsparungen gemacht.

In der FIKO wurde eine generelle Kürzung des Budgets DSB von 2% diskutiert, jedoch danach nicht als Antrag weitergezogen. Den Antrag zur Kürzung der Position Anschaffung von Mobilien und Fahrzeugen um Fr. 378 000.00 begründen wir mit der Reorganisation der Kreise I – III. Dieser Antrag wurde von der FIKO einstimmig angenommen. Bei den Anträgen zu den Internen Verrechnungen handelt es sich um ein reines Null-Summen-Spiel und muss deshalb nicht weiter begründet werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt in der FIKO war ein Antrag zur Erhöhung der Gewinnablieferung GWB um eine halbe Million Franken. Dies wurde sehr intensiv diskutiert und schlussendlich mit 5 : 4 Stimmen von einem Antrag an den Stadtrat abgesehen. Wir sind zu der Ansicht gelangt, dass die mittelfristige Situation eines Gaswerks nicht rosig aussieht und die notwendigen Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden müssen.

Beschluss

Die Anträge sind unbestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Beratung des Produktgruppen-Budgets

Für die GPK spricht *Konrad Bossart* (CVP): Ich habe das Vergnügen, dem Rat die Produktgruppen-Budget-Debatte, welche wir mit dem Gemeinderat zusammen geführt haben, kurz zu erläutern. Ich will zuerst etwas zum Vorgehen sagen: Wir haben wie in den Vorjahren in Delegationen, welche zusammengesetzt waren aus GPK- und FIKO-Mitgliedern, die Produktgruppen-Budgets vorbereitet und danach mit den jeweiligen Direktionsvertreterinnen und -vertretern diskutiert. Beim Budget geht es um Leistungsplanung und Vorgaben an die Verwaltung. Deshalb ist die ganze Sache unter GPK-Leitung gestanden. Gemäss Beschluss der GPK und FIKO übernehme ich dieses Jahr die Berichterstattung über alle Produktgrup-

pen-Budgets. Die Anträge werden aber von den Antragstellerinnen und Antragstellern präsentiert und begründet.

Zum Inhalt ein paar generelle Bemerkungen: Wir haben in diesem Jahr festgestellt, dass der gemeinsame Lerneffekt immer mehr zu greifen beginnt. Die Lesbarkeit, die Transparenz des Budgets wird immer besser, der Informationsgehalt steigt, das Know-how nimmt stärker zu sowohl in der Verwaltung als auch bei den Mitgliedern der Kommissionen. Entsprechend fundierter und besser sind auch die Diskussionen. Ein guter Durchblick ist absolut unerlässlich um das Ganze überhaupt beurteilen zu können. Trotz der positiven Entwicklung gibt es aber gewisse Fragen, die nach wie vor offen und damit ungeklärt sind. So gibt es beispielsweise die Internen Verrechnungen, die immer wieder zu Diskussionen führen, hierzu muss es vom Gemeinderat einmal einen Grundsatzentscheid geben. Die GPK hat diesen auch schon seit längerer Zeit gefordert. Eng damit verbunden ist auch die Frage bezüglich den sogenannten politischen Kosten. Sollen die politischen Kosten auf die Produkte aufgerechnet oder separat ausgewiesen werden, damit diese transparenter werden? Bei der Behandlung des Pilotprojekts Jugendamt hat sich gezeigt, dass der Umgang mit überwiesenen politischen Vorstößen ein grundsätzliches Problem ist. Sollen diese Kosten im Produktgruppenbudget zwingend aufgefangen werden, soll der Pilot allenfalls frei über Leistungskürzungen befinden können oder hat dort der Stadtrat Vorgaben zu machen? Sollen politische Aufträge im Produktgruppen-Budget aufgeführt werden, wie es jetzt im Jugendamt der Fall ist oder nicht? Auch die Frage, welche Bedeutung die Kennzahlen und Steuerungsvorgaben insbesondere bei den Querschnittsämtern haben, ist bestimmt ein Thema, welches noch geklärt werden muss. Ich werde bei den Informatikdiensten detaillierter auf dieses Problem eingehen. Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Budget der Stadtgärtnerei hat sich gezeigt, dass es auch ein Problem gibt zwischen Investitionen und der Verknüpfung mit der Laufenden Rechnung. Wir haben heute dort noch offene Fragen, wieweit man diese ins NSB-Budget einbeziehen muss und wieweit nicht. Bei der Darstellung des Produktgruppen-Budgets haben wir klar festgestellt, dass es eine Verbesserung gegeben hat. Wir sind aber nach wie vor überzeugt, dass man weiter optimieren muss, z.B. wäre die Aufnahme von Jahreszahlen für einen Vergleich gut, es würde auch die Arbeit massiv erleichtern. Mit der Klärung dieser Fragen wird sich vor allem die Reformkonferenz befassen. Wir haben die Diskussion übers Eintreten relativ klar und eindeutig geführt, es war unbestritten und ich denke, dass es auch heute so sein wird.

Produktgruppen-Budget Informatikdienste

Konrad Bossart (CVP): Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Informatikdienste sehr vernünftig, professionell und auch zukunftsgerichtet arbeiten. Sie versuchen möglichst viel zu standardisieren und zu vereinheitlichen. Der Trend zu einer massvollen Zentralisierung ist wieder sichergestellt, der richtige Weg ist eingeschlagen. Grundsätzlich müssen wir sagen, dass die Stadt laufend steigende EDV-Anschaffungen haben wird und sich in der Zukunft auch mit grösseren Betriebs- und Betreuungsaufwänden auseinandersetzen muss. Das Informatik-Controlling prüft bei den erwähnten Anschaffungen grundsätzlich nicht nur das Kreditbegehren, sondern, das ist für uns sehr wichtig, es beurteilt nach einer gewissen Laufzeit letztendlich auch den Nutzen. Die GPK wird versuchen, in diesem Jahr darüber mehr zu erfahren und in diesem Sinne einen Delegationsbesuch machen. Positiv zu werten sind bei den Informatikdiensten auch die Anstrengungen, Synergien mit anderen Gemeinden finden zu können. Hier wird versucht, vor allem Dienstleistungen für andere Gemeinden zu erbringen, was sich nachher auch positiv auf die Stadtentwicklung auswirken könnte. In der Delegation wurden vor allem drei Kernpunkte diskutiert, die Kennzahlen, das Benchmarking und der zentrale Einkauf.

Zu den Kennzahlen: Im Produktgruppen-Budget der Informatikdienste gibt es sehr wenig Kennzahlen und keine Steuerungsvorgaben. Das wird seitens der Informatikabteilung damit begründet, dass die Informatikdienste lediglich stadtinterne Dienstleistungen erbringen und von den Bedürfnissen der Direktionen gesteuert werden. Was die einzelnen Produkte betrifft, werden zahlreiche Kennzahlen erhoben und auch monatlich bearbeitet. Die Kennzahlen werden aber nicht im Produktgruppen-Budget aufgeführt, weil sie für uns wenig aussagen würden. Absolut wichtig ist aber die sehr hohe Verfügbarkeit der Informatikdienste von fast

100% Servicezeiten für die Stadt Bern, dies ist unabdingbar. Im Übrigen wird sehr präzise auch über die Zufriedenheit der einzelnen angebotenen Produkte nachgefragt und dementsprechend Anpassungen gemacht.

Zum Benchmarking: Es ist erfreulich, dass der Leiter der Informatikdienste in dieser Richtung die Initiative ergriffen hat und versucht, gemeinsam mit anderen Städten gewisse Kennzahlen definieren zu können. Leider besteht aber in vielen Städten der Schweiz noch keine Kostenrechnung, zudem sind auch die Kostenstrukturen verschieden. Das Ganze ist sehr komplex und bedeutet, dass es schwierig ist, bereits heute ein objektives Benchmarking hinzubringen.

Zum Schluss noch der zentrale Einkauf: In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass es eine Trennung zwischen Informatikdienste und Informatik-Controlling gibt. Projekte ab Fr. 50 000.00 müssen grundsätzlich dem Informatik-Controlling und dem Lenkungsausschuss unterbreitet werden. Dadurch ist der Vergleich auch zu anderen Systemen sichergestellt. Heute bestehen von der Stadt Bern Rahmenverträge mit Lieferanten, in denen gute Konditionen für die Stadtverwaltung festgeschrieben sind. Dem Thema, ob ein dezentraler oder ein zentraler Einkauf richtig ist, werden sich die Informatikgremien in Zukunft annehmen. Das Produktgruppen-Budget 2000 der Informatikdienste empfehlen die GPK/FIKO ohne Änderungen einstimmig zur Annahme.

Beschluss

Das Produktgruppen-Budget Informatikdienste ist unbestritten und somit überwiesen.

Produktgruppen-Budget Jugendamt

Konrad Bossart (CVP): Beim Jugendamt wünscht die Delegation, dass in Zukunft alle hängigen und neuen politischen Aufträge im Produktgruppen-Budget aufgeführt werden. In der Produktgruppe Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder werden neue Kennzahlen für die Betreuung von schwierigen Kindern aufgenommen, dies nach einer Auswertung einer Untersuchung. Fehlende Kennzahlen sind dort vor allem auf Lücken im Controlling-System zurückzuführen. Das Jugendamt versucht, dies zu verbessern. Sowohl bei der Stationären Jugendhilfe als auch bei der Heilpädagogischen Sonderschule sind Beitragssenkungen zu erwarten, was sich negativ auf den Kostendeckungsgrad auswirken wird. Der Gesamtaufwand des Jugendamts schwankt deshalb von Jahr zu Jahr. Beitragssenkungen können in diesem Sinne auch nicht kompensiert werden. Um die 40-Stunden-Woche umzusetzen, wird das Jugendamt 8,4 Stellen mehr benötigen. 4,4 für die Krippen, 2,26 für Tagesheime und 1,74 für die Jugendheime. Wie einleitend bereits erwähnt, hat es eine längere Diskussion bezüglich dem Einbezug von überwiesenen parlamentarischen Vorstössen im Budget gegeben. Die unbestrittenen wichtigen Anliegen wie offene Kinderarbeit Holligen/DOK, offene Kinderarbeit Untermatt/DOK, offene Jugendarbeit Holligen/TOJ und Punkt 12 Moditräff/TOJ sind im Budget heute nicht enthalten, weil das Jugendamt bezüglich Kompensation an die Grenzen gestossen ist. Aus diesem Grund haben wir sehr intensiv darüber debattiert und uns die Frage gestellt, ob eben überwiesene Vorstösse zwingend in diesem Produktgruppen-Budget aufgenommen und kompensiert werden müssen oder ob dafür zusätzliche Mittel gesprochen werden. Zur Diskussion lag folgender Antrag vor: Erhöhung des Globalbudgets um 50%, die andere Hälfte versucht das Jugendamt über das Produktgruppen-Budget aufzufangen. Dieser Antrag wurde mit 9 : 8 Stimmen abgelehnt. Somit steht die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion vor der Tatsache, dass sie überwiesene Vorstösse erfüllen muss und dafür kein Geld mehr bekommt, folglich Einsparungen an anderen Orten machen muss.

Das Produktgruppen-Budget Jugendamt wird mit 8 : 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen und Stichentscheid des Präsidenten zur Annahme empfohlen.

Zum Produktgruppen-Budget Jugendamt liegen Anträge vor, welche nun von den Antragstellerinnen und Antragstellern begründet werden.

Annemarie Sancar (GB): Der GPK-Präsident hat es bereits gesagt, die Budgets der Piloten sind viel übersichtlicher, transparenter auch bezüglich der Gestaltung. Vieles ist jetzt explizit

aufgeführt. Beim Jugendamt sind die politischen Aufträge, welche überwiesen wurden aufgeführt. Das finden wir sehr wichtig und schliessen uns der Meinung an, dass alles, was überwiesen wurde in ein Produktgruppen-Budget gehört und explizit ausgewiesen werden muss. Für mich persönlich ist erfreulich, dass mindestens bei einem Produkt gesagt wird, dass es schwierig ist, Hinweise zu finden, wo man die Leistungen überprüfen kann. Ich zitiere ein gutes Beispiel bei der Gesundheitsvorsorge. Dort steht beim Hinweis zur Zielüberprüfung: Im Bereich der Gesundheitsvorsorge für sozial randständige Erwachsene sind solche Überprüfungen, im Gegensatz zu den Überprüfungen bei den Jugendlichen und den Schülerinnen und Schülern, infolge der nicht flächendeckenden Erfassung und der entsprechenden Dunkelziffern nicht möglich. Dies ist für mich symbolisch, es steht dafür, dass gerade im Bereich des Jugendamts die Hinweise weitgehend fehlen. Es ist nicht einfach, in diesem Bereich Hinweise zu finden, die uns auch wirklich die Möglichkeiten geben, die Leistung ein Stück weit zu kontrollieren. Somit gelange ich zu meiner Hauptkritik. Warum fehlen all diese Hinweise? Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

Bei allen Produktgruppen, die keine "Hinweise zur Zielüberprüfung" haben, sind diese zu ergänzen.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Frau Sancar kritisiert, dass zum Teil die "Hinweise zu Zielüberprüfungen" fehlen. Wir sind bereit, diese aufzunehmen, aber in einigen Punkten macht es keinen Sinn. Wir werden mit ihrem Einverständnis der vorprüfenden Kommission im Rahmen der Jahresberichte über NSB-Projekte Vorschläge unterbreiten und darüber diskutieren.

Beschluss

Der Antrag ist nicht bestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Produktgruppe Stationäre Jugendhilfe

Seite 32: übergeordnete Ziele

- alleinerziehende Mütter oder Väter mit Kleinkindern (statt "Mütter mit Kleinkindern")
- haben ein Recht auf ein förderliches Zuhause (statt "die nicht zuhause wohnen können, leben weder auf der Strasse Umgebung)

Annemarie Sancar (GB): In der Regel ist es besser, wenn man Ziele positiv formuliert. Ich habe ein paar Beispiele herausgepickt, es wäre eine Positivformulierung der bisherigen Negativformulierungen. Die Strasse ist erstens nicht negativ als Umfeld und zweitens gibt es auch Zuhause, die nicht unbedingt nur positiv sind.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Ich denke, beim ersten Punkt des Antrags geht es um die geschlechtsneutrale Formulierung, wir können dies aufnehmen. Ich mache die Anwesenden aber darauf aufmerksam, dass es bei der Stationären Abteilung heisst: - "Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen und Mütter" - . Es gibt beim besten Willen keine schwangeren Männer. Es kommt wahrscheinlich selten vor, dass junge Männer mit Kindern in die Villa Alpenegg kommen.

Zum Antrag – haben ein Recht auf ein förderliches Zuhause: Dem können wir durchaus entsprechen.

Seite 31: Verteilung der Kosten

- alleinerziehende Mütter oder Väter mit Kleinkindern (statt "Mütter mit Kleinkindern")

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Wir nehmen die Positivformulierung an beiden Orten auf, nur passt es an einem Ort nicht ganz.

Beschluss

Die beiden Anträge von Annemarie Sancar sind nicht bestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Produktgruppe Jugendpflege

Seite 34: Übergeordnete Ziele

Streichen von "-ihren natürlichen Bedürfnissen gerecht wird..."

Annemarie Sancar (GB): Dies ist ein schwammiger Begriff, den man mit Indikatoren sicher nicht überprüfen kann. Wir müssen darauf achten, dass in den Übergeordneten Ziele auch Sachen stehen, die wir irgendwie erfassen können, was es überhaupt bedeuten soll.

Beschluss

Dieser Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Produktgruppe Jugendpflege

Seite 34: Übergeordnete Ziele: Ergänzung

Mädchen und junge Frauen werden in ihrer Entwicklung zur Entfaltung eigener Stärken und Fähigkeiten speziell unterstützt.

Beschluss

Der Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Produktgruppe Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder

Seite 36: Übergeordnete Ziele

- streichen der Klammer (sofern die Selbsthilfe...)
- Abbau der Warteliste und der Zahl der Abweisungen. Eine zentrale Vermittlungsstelle garantiert die bestmögliche Platzierung der Kinder sowie die optimale Berücksichtigung des Weges von Wohnadresse zu Betreuungsstätte.

Annemarie Sancar (GB): Dies entspricht nicht mehr unseren Vorstellungen, was Familienexterne Betreuung sein soll. Es ist nicht nur eine Ergänzung, wenn man selber nicht mehr zu den Kindern schauen kann, es soll auch eine Ergänzung sein, wenn man noch selber schauen kann oder will. Es ist ein Teil, der zu einem Erziehungsmodell und Erziehungssystem der modernen Gesellschaft gehört. Neu wäre sicher, dass bei der Produktgruppe Familienergänzende Tagesbetreuung eine zentrale Vermittlungsstelle die bestmögliche Platzierung garantieren soll.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Hier ist die Streichung der Klammerbemerkung gefordert. Die Klammerbemerkung hat etwas mit der vielzitierten Subsidiarität zu tun und ich bitte die Anwesenden, dieser Streichung nicht zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderats, Klammerbemerkung nicht streichen, mit 36 Ja, 33 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Die Neuformulierung der Vermittlungsstelle wird vom Gemeinderat bestritten. Ich stelle den folgenden Neuformulierungsantrag:

"Eine zentrale Vermittlungsstelle unterstützt die bestmögliche Platzierung".

Annemarie Sancar (GB): Ich denke, dass mich die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin falsch verstanden hat. Die Stadt ist zuständig, dass die Vermittlung funktioniert, sie muss diese nicht unterstützen. Es ist nur eine Dienstleistung der Stadt.

Michael Burri (GFL): Ich habe langsam ein bisschen Mühe mit den zahlreichen Formulierungsanträgen von Annemarie Sancar. Es ist für mich klar, dass man so etwas in die vorbereitende Kommission einbringt. Am 6.9.99 hat die GPK und die FIKO während 3 ½ Stunden getagt, die Vertreterin und der Vertreter des Grünen Bündnis waren beide entschuldigt. Ich bitte die Anträge rechtzeitig am Ort einzubringen, an dem es 15 Leute und nicht deren 80 beschäftigt.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt demjenigen von Annemarie Sancar mit 36 zu 24 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Seite 37: Kennzahlen

- (neu): Anzahl Abweisungen (drei Mal)

Annemarie Sancar (GB): Eine neue Kennzahl wäre meiner Ansicht sehr aufschlussreich; die Anzahl von Abweisungen, nicht nur die der Wartelisten.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Dieser Antrag wird vom Gemeinderat bestritten. Es werden hier zwei Sachen verlangt, einerseits die Anzahl der Abweisungen und andererseits die Anzahl der Beratungen und der Informationsgespräche. Dies sind beides Kennzahlen. Kennzahlen sollten meiner Ansicht nach nicht im Rahmen des Budgets sondern im Rahmen des Jahresberichts behandelt werden. Ich persönlich sehe den Wunsch nach der Anzahl der Abweisungen nicht unbedingt ein, wir werden uns auf den Zeitpunkt der Jahresberichts-Diskussionen überlegen, wie wir dies klug aufgleisen können. Die Anzahl der Beratungen und der Informationsgespräche sind bereits unter dem Produkt Kinderbetreuung und Platzierung erfasst.

Noch eine Bemerkung zu den Worten von Michael Burri. Mir wäre es auch lieber, wenn wir die Anträge in den vorbereitenden Kommissionen erledigen könnten. Im kleinen Kreis können die Forderungen besser und eingehender diskutiert werden.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt demjenigen von Annemarie Sancar mit 36 zu 20 Stimmen bei 12 Enthaltungen.

Produktgruppe Ambulante Jugendhilfe

Seite 42: Übergeordnete Ziele

- Entwicklung fördern (statt "Entwicklung nicht gefährden")

Seite 42: Kennzahlen

- (neu): Anzahl Beratungen und Informationsgespräche

Annemarie Sancar (GB): Entsprechend wäre hier auch eine Positivformulierung anzubringen und neu bei den Kennzahlen, die Anzahl der Beratungen und Informationsgespräche.

Beschluss

Die beiden Anträge von Annemarie Sancar sind nicht bestritten und werden als genehmigt verabschiedet.

Irène Marti Anliker (SP) erläutert den folgenden Antrag der SP-Fraktion:

Produktgruppenbudget Jugendamt

Seite 30

Es sind die folgenden vier neuen Aufgaben zur Erfüllung von parlamentarischen Vorstössen ins Budget aufzunehmen:

- offene Jugendarbeit Holligen/TOJ (Motion)	Fr. 101 000.00
- Punkt 12/Moditräff/TOJ (Postulat)	Fr. 134 930.00
- Offene Kinderarbeit Holligen/DOK (Motion)	Fr. 60 000.00
- Offene Kinderarbeit Untermatt/DOK (Postulat)	Fr. 30 000.00
Total	Fr. 325 930.00

Und zwar werden die Aufwendungen je hälftig aufgeteilt: Der Globalkredit Jugendamt wird nur um 163 000.00 Franken erhöht. Die restlichen 162 930.00 Franken müssen im Produktgruppenbudget des Jugendamts aufgefangen werden.

Dies unter folgenden Bedingungen: Die einzelnen Produktgruppen dürfen in den folgenden Vorgaben, resp. Kennzahlen nicht reduziert werden:

- Anzahl Plätze
- Anzahl subventionierte Treffpunkte / Einrichtungen

Es werden alle Produktgruppen in den Sparauftrag von 162 930.00 Franken einbezogen.

Es wurde bereits von Konrad Bossart erwähnt, dass in der GPK/FIKO darüber diskutiert wurde, ob die überwiesenen Vorstösse integriert in einem Budget sein müssen oder eben nicht. Wir sind der Meinung, überwiesene Vorstösse müssen integriert sein. Wir kritisieren die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion, weil diese im Budget nicht aufgenommen wurden. Uns scheint es, dass die Fürsorgedirektorin damit beweisen will, dass in ihrer Direktion gespart werden kann. Zusammen mit dem Jugendamt wurde unser Antrag ausgearbeitet. Die Hälfte dieses geforderten Betrags soll ins Budget aufgenommen werden, die andere Hälfte müsste im Globalkredit aufgefangen werden. Wir haben uns hier um einen gangbaren Weg bemüht. Grundsätzlich haben wir Mühe, wenn der Gemeinderat so budgetiert, das finden wir nicht korrekt. Wir sind der Meinung, dass man unseren Antrag unterstützen sollte.

Wir finden es zudem sehr wichtig, dass der Antrag von Annemarice Sancar betr. Produktgruppe Jugendpflege, Übergeordnete Ziele: Ergänzung unterstützt wird. Es ist ganz klar die Aufgabe der Stadt Bern im Rahmen der Gelichstellung einen solchen Moditräff zu führen.

Peter Stucki (EVP) sagt noch ein paar Worte zu den finanziellen Anträgen: Wir haben diese auch in unserer Fraktion diskutiert und sind zu einem anderen Schluss als die SP-Fraktion gelangt. Wir unterstützen die drei Anträge offene Jugendarbeit Holligen, offen Kinderarbeit Holligen und offene Kinderarbeit Untermatt. Die drei sind für uns absolut unbestritten. Wir sind der Meinung, hier handelt es sich um eine präventive Arbeit. Es geht darum, dass die Kinder frühzeitig erfasst und aufgefangen werden und ihnen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung angeboten werden kann. Auf der anderen Seite sind wir der Ansicht, dass es von der Besucherzahl noch nicht erwiesen ist, dass es den Moditräff unbedingt braucht. Die Mehrheit unserer Fraktion war der Meinung, dass es so etwas braucht, aber dass diese Veranstaltungen auch sehr wohl in den einzelnen Jugendtreffs angeboten werden könnten und es dafür nicht einen eigenen Treff braucht. Wir stellen deshalb den Antrag, dass über die 4 Anträge punktweise abgestimmt wird.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Der Hauptstreitpunkt ist die Geschichte mit den Jugendtreffs. Ich habe erwartet, dass diese Kritik angebracht wird. Es ist nicht möglich, dass man zusätzliche Krippenplätze und Betreuungsangebote macht und überwiesene Vorstösse mit dem gleichen Budget auffängt. Ich habe dies dem Gemeinderat vorgebracht, wir haben eine Globalvorgabe, die ich einhalten muss. Wenn der Rat mehr Jugendarbeit verlangt, kann ich nicht einfach eine Krippe schliessen. Dies würde auch nicht der Idee entsprechen, deshalb wird es wohl oder über nicht anderes geben, als die Globalsumme zu erhöhen. Dass die offene Jugendarbeit Holligen, Untermatt und der Moditräff sinnvoll sind, ist unbestritten. Hier stellt sich einfach die Frage, wollen wir für solche Arbeit zusätzli-

ches Geld aufwenden. Der Antrag liegt vor, dass man die Summe teilt, d.h. von den total Fr. 325 930.00 würde das Jugendamt Fr. 162 930.00 selber auffangen, der Rest würde zusätzlich gesprochen. 90% der Kosten sind für das Personal, es wird wohl nicht anders möglich sein als dies auf den Gehaltskosten aufzufangen. Wir haben uns auch entschlossen, eine Kinderfachstelle zu schaffen und zwar kostenneutral, also aus eigener Kraft und nicht mit zusätzlichen Mitteln. Dieses Thema werden wir an der Kindersession behandeln. Wir sind bereit, das Teilen der Kosten wie in den Anträgen aufgeführt zu übernehmen, das Geld kann ich jedoch nicht locker aus dem Handgelenk schütteln. Von diesen Angeboten können wir die Leute erst dann überzeugen, wenn sie der Ansicht sind, das Angebot sei wichtig und habe einen präventiven Charakter.

Irène Marti Anliker (SP) hat noch etwas zu den Antworten der Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin zu bemerken: Wir haben uns auf die Auskünfte unserer GPK-/FIKO-Mitglieder gestützt, bei denen unser Vorschlag eingebracht wurde. Es wurde nichts bezüglich Personal und Gehaltskosten erwähnt. Es geht nicht, dass es danach im Stadtrat so dramatisch tönt.

Sylvia Spring Hunziker (SP) spricht vor allem zur Mitte des Rats. Es sollen nicht Treffs gegeneinander ausgespielt werden. Ich bin Präsidentin des Trägervereins für offene Jugendarbeit und ich kenne jeden Treff. Ich kann den Anwesenden versichern, 85% der Personen, die in den Treffs verkehren, sind Knaben. Es wird in allen Treffs Modiarbeit gemacht, es ist sehr schwierig, dies noch auszubauen. Aus diesem Grund braucht es einen Treff, in dem Mädchen freien Zugang haben und wissen, dass sie sich dort bewegen können, wie sie es wünschen und brauchen. Der Moditräff ist jetzt zwischen Stühle und Bänke gefallen und ich habe Angst, dass der Rat Treffs gegeneinander ausspielt.

Produktegruppe Jugendpflege

Seite 33

Erhöhung des Globalkredits von Fr. 33 661 350.00 um Fr. 325 930.00 auf Netokosten von Fr. 33 987 280.00. (Antrag Fraktion GB/JA!)

Diese Erhöhung wird zur Erfüllung folgender parlamentarischer Vorstösse beantragt:

- | | |
|--|----------------|
| - Offene Jugendarbeit Holligen/TOJ (Motion) | Fr. 101 000.00 |
| - Punkt 12/Moditräff/TOJ (Postulat) | Fr. 134 930.00 |
| - Offene Kinderarbeit Holligen/DOK (Motion) | Fr. 60 000.00 |
| - Offene Kinderarbeit Untermatt/DOK (Postulat) | Fr. 30 000.00 |

Regula Keller begründet den Antrag der Fraktion GB/JA!: Es hat bereits eine Diskussion stattgefunden, wie man von uns überwiesene Vorstösse verwirklichen soll; wirft man zusätzliche Gelder auf oder nicht. Mit unserem Antrag sind wir klar der Meinung, man kann nicht Jugendtreffs, offene Kinderarbeit oder Moditräff beschliessen und meinen, es gehe dann kostenneutral. Dagegen wehren wir uns und stellen obgenannten Antrag, dass man hier nicht die Hälfte einsparen muss. Wir sagen ja zu diesen Einrichtungen, die einen sehr präventiven Charakter haben, aber es geht nicht kostenneutral. Wir sind nicht einverstanden, dass bei anderen Treffs Einsparungen gemacht oder gar die Öffnungszeiten verkürzt werden müssen. Wenn wir uns auf solche Experimente einlassen, wird es sicher dazu kommen. Ich will noch zu den Äusserungen der Fraktion GFL sagen, der Moditräff ist nötig, die Evaluation des Moditräffs ist positiv ausgefallen, ich kenne viele Mädchen, die diesen Treff besuchen. Allgemeine Jugendtreffs werden von 70 – 80% männlichen Jugendlichen besetzt. Wir alle hier im Rat tragen Verantwortung und ich finde, präventive Sachen lassen sich nicht kostenneutral verwirklichen.

Beschlüsse

- sie erfolgen unter Namensnennung –

Der Rat stimmt dem Antrag Offene Jugendarbeit Holligen/TOJ, Fr. 101 000.00 Mit 40 Ja, 29 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset.

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Der Rat stimmt dem Antrag Punkt 12/Moditräff/TOJ, Fr. 134 930.00 mit 37 Ja, 30 Nein bei 3 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset.

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Enthaltungen:

Sven Baumann, Michael Burri, Elsi Meyer.

Der Rat stimmt dem Antrag Offene Kinderarbeit Holligen/DOK, Fr. 60 000.00 mit 41 Ja, 29 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Lu-

zius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset.

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Der Rat stimmt dem Antrag Offene Kinderarbeit Untermatt/DOK, Fr. 30 000.00 mit 41 Ja, 29 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, René Zimmermann, Andreas Zysset.

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Jean-Daniel Flückiger, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Der Antrag der SP-Fraktion obsiegt demjenigen der Fraktion GB/JA! mit 49 zu 13 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Dem Antrag der SP-Fraktion stimmten zu:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Jean-Daniel Flückiger, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Ruedi Hofer, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Sylvia Spring Hunziker, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen, René Zimmermann, Andreas Zysset

Dem Antrag der Fraktion GB/JA! stimmten zu:

Annette Brunner, Michael Jordi, Regula Keller, Blaise Kropf, Ruth Rauch, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Rudolph Schweizer, Peter Sigerist, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber.

Enthaltungen:

Peter Blaser, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Peter Linder, Erich Ryter, Beat Schori, Eva von Ballmoos-Keller.

Produktgruppe Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder
Erhöhung des Globalkredits um Fr. 150 000.00 (Antrag Doris Schneider (GB))
Verteilung der Kosten, Produkte:
Neues Produkt: Ferientagesbetreuung für Kinder im Schulalter
Bedingt Änderung in NRM-Budget: 330.10.3650.11 + Fr. 150 000.00

Doris Schneider (GB): Ich bin davon ausgegangen, dass das Produktgruppen-Budget beeinflussbar ist und wir als politisches Gremium strategisch entscheiden können. Die Verwaltung legt uns etwas vor, worauf wir Einfluss nehmen können. Ich habe ein neues Produkt beantragt, das Fr. 150 000.00 kosten würde. Es handelt sich um ein Produkt, welches bereits seit 7 Jahren von dieser Stadt geführt wird, die Betreuung von Schulkindern in den Ferien. Das Produkt wurde von der Verwaltung gestrichen, weil es ein Arbeitslosenprojekt war. Wir hatten während den Ferien in der Stadt Bern eine Ferienstadt im Monbijoupark, zudem wurde ein Ferientageslager geführt. Die Stadt Bern hat gespart. Sie konnte während sieben Jahren Kinder betreuen und trotzdem sparen, die Betreuerinnen und Betreuer wurden vom Bund und Kanton bezahlt. Nach Rückfrage beim Projektleiter Neue Stadtverwaltung wäre mein Produkt möglich und zudem belebend, wenn eine alte Sache in ein neues Produkt überführt werden könnte. Ich bin gespannt, ob der Stadtrat bereit ist, dafür Gelder zu sprechen. Wir haben auf Seite 36 des Produktgruppen-Budgets die Tagesbetreuung für Kinder im Vorschulalter in städtischen Krippen und die Tagesbetreuung für Kinder im Schulalter in städtischen Tagesheimen. Mit meinem Antrag geht es mir darum, die Tagesbetreuung im Schulalter während den Ferien als neues Produkt aufzunehmen. Ich bitte die Anwesenden, ernsthaft in die Diskussion einzusteigen.

Irène Marti Anliker (SP): Die SP-Fraktion kennt das Thema. Wir anerkennen, dass im Bereich Kinderbetreuung in den Ferien ein Vakuum, eine Lücke besteht. Wir sind der Meinung, dass es zu diesem Thema einen neuen Vorstoss braucht. Wir werden diesen Vorstoss analog der vorherigen einreichen. Dies erlaubt dem Rat, differenziert über das Thema zu debattieren, zu schauen, wer die Trägerschaft übernimmt usw.. Wir sind nicht bereit, den Betrag ins Budget aufzunehmen. Wir werden uns in der Abstimmung der Stimme enthalten.

Peter Stucki (EVP): Es ist eine Tatsache, wir haben wohl Tagesschulen, in denen die Kinder gut betreut werden, aber für viele Kinder hat es nichts. Wir hatten die familienexterne Kinderbetreuung (FEK), die Frage ist nur, für wen wurde das Angebot gemacht. Ich denke, das Angebot wurde für Arbeitslose lanciert, damit diese eine Beschäftigung hatten. Die bestehenden Angebote laufen nicht sehr gut, ich denke, die Angebote entsprechen nicht den vorhandenen Bedürfnissen. Auch die von der Stadt angebotenen Ferienlager werden nicht mehr gut besucht, der Wunsch nach Ferienlagern ist nicht unbedingt vorhanden, eher der Wunsch nach einer Tagesbetreuung. Wir sind der gleichen Meinung wie die SP-Fraktion, das Anliegen braucht einen neuen parlamentarischen Vorstoss.

Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Ich bin froh gehört zu haben, dass man dies gesondert behandeln will. Es ist äusserst schwierig, dieses Produkt einfach neu aufzunehmen. Nach meinem Dafürhalten gehört es nicht ins NSB-Produktgruppenbudget Jugendamt. Unsere betreuten Kinder werden das ganze Jahr betreut. Sowohl in den Krippen als auch in den Tagesheimen werden die Kinder während den Schulferien betreut. Die Betreuung fehlt bei den Kindergartenkindern und allen Schulkindern. Ich stelle mir vor, dass in vielen Fällen die Bedürfnisse der Eltern bereits mit konsequenten Blockzeiten und mit einem Mittagstischangebot abgedeckt wären. Wenn wir noch die Möglichkeit der Kinderbetreuung während den Ferien anbieten könnten, dann wäre recht viel auf eine relativ kostengünstige Art abgedeckt. Ich könnte mir vorstellen, die Betreuung der Kinder in den Tagesschulen, die während den Ferien geschlossen sind, anzubieten, die Infrastruktur wäre dort bereits vorhanden. Es könnten Seminaristinnen und Seminaristen oder Studentinnen und Studenten als Betreuungspersonen eingesetzt werden, dies wäre machbar und kostengünstig. Ich bin froh, wenn der Stadtrat zu diesem Problem einen parlamentarischen Vorstoss einreichen wird und nicht noch schnell eine Betrag ins Budget aufnimmt.

Beschluss

Der Antrag von Doris Schneider wird mit 32 Nein, 7 Ja bei 30 Enthaltungen abgelehnt.

Die Sitzung wird um 19.00 unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Edith Ramseier*